

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950

47 (22.11.1950)



Der Rektor der Technischen Hochschule Hannover, Professor Dr. Ing. Carl F. W. Borgward, überreicht dem Schöpfer der Borgward-Werke, Carl F. W. Borgward die Ernennungs-urkunde zum Dr. Ing. e. h. (Siehe auch Seite 8 unter „Personalien“).

Wie Vansiffart Freunde sucht

Wir Deutschen kennen Lord Vansiffart sehr gut, wir kennen ihn nämlich als Deutschenhasser. Er war es, der nicht laut genug mahnen zu müssen glaubte, den Deutschen nur ja jedes letzte Schließgewehr abzunehmen und auch jede Industrie. Ja, er übernahm eine völlige Ohnmacht Deutschlands laut und vernünftig verlangte.

widersetze und er regte sich darüber auf, daß man Deutschland die Herstellung von synthetischem Gummi und Benzin noch nicht wieder erlaubt habe. Uns Deutschen aber rief er zu, er sei doch unsere verdammte Pflicht und Schandlücke, unser Land mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, wenn wir vom Osten angegriffen würden.

Sowjetische Weizenangebote

In Genf tagt wieder einmal eine Konferenz der Wirtschaftskommission der UNO unter dem Vorsitz von Gunnar Myrdal, der sich um den Ost-West-Handel bemüht. Er geht um die Lieferung von Weizen und anderen landwirtschaftlichen Produkten an Westeuropa.

allgemein bekannt ist, daß die Ernten in seinem Satellitenländern äußerst schlecht ausgefallen sind, und daß man dort gewarnt ist, die Lebensmittel zu rationieren! Es geht wohl darum, die westliche Wirtschaft zu stören.

„Ein kleiner Gardeoffizier...“

Der frühere stellvertretende amerikanische Hauptkämpfer in Nürnberg, von dem man nicht weiß, ob er Amerikanischer oder deutscher Staatsbürger ist, oder ob die doppelte Staatsbürgerschaft besitzt, reist in Deutschland herum.

dem er Aufklärung darüber geben könnte, ob doch das neue Völkerrecht, das er in Nürnberg schaffen wollte, angewendet wird.

Keine Beziehungen zu Warschau...

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, das seit wenigen Tagen wieder erscheint, läßt sich von seinem Weltfriedenskongress in Warschau berichten, daß mit stürmischem Beifall der Vorschlag angenommen wurde, für Deutschland Thomas Mann zusammen mit Johannes Hecher, Anna Boggers, Arnold Zweig, Prof. Stroux und dem Hamburger Arbeiter Hein Fink in das Präsidium des Kongresses zu wählen.

union, als die friedenswählende und friedensliebende Macht zu bejubeln. Wir verstehen die nicht ganz freiwillige Distanzierung Manns. Was wir aber nicht verstehen, ist ein an das Prager Weltfriedenskomitee gerichtetes Schreiben des Schriftstellers, das ebenfalls das Zentralorgan der KPD veröffentlicht und in dem es heißt: „Ich bringe Ihnen angedehnte Bitten oder Bemerkungen zur Wahrung des Friedens meine Sympathie und Hochachtung zum Ausdruck.“

Produktionsanstieg verlangsamt

Saison-Arbeitslosigkeit beginnt - Dänemark stoppt deutschen Export - Ost-Export unmöglich - Importregelung mit Kreditbeschränkung - Kohlenexport zu hoch - Bundesetat mit Defizit

Die vielen jetzt einlaufenden Berichte über den Monat Oktober zeigen eine weitere Produktionssteigerung, allerdings ist der Prozentsatz der Steigerung geringer als im September. Auch das Münchener Institut für Wirtschaftsforschung stellt für den Monat Oktober eine merkliche Verlangsamung der Aufwärtsentwicklung fest.

Bemerkung des Instituts, daß infolge großer Auftragsüberhänge teilweise Neuaufträge nicht beauftragt werden. Daher sei die Produktionsentwicklung im Oktober von der Nachfragesituation nicht beeinflußt worden.

Oktober in geringerer Maße geliefert als im September? Nun, die zu erwartenden Produktionssteigerungen bei Kohle und Eisen werden das Bild sehr schnell verändern.

Schuman-Plan vor den Toren

Der Vertragstext über die Bildung der Montan-Union zwischen den westeuropäischen Ländern, die dem Schuman-Plan zugestimmt haben, (also die Benelux-Länder, Frankreich, Italien und Westdeutschland) ist bis auf nicht mehr entscheidende Einzelheiten fertiggestellt.

deutsche Kohle- wie der Stahlpreis erhöht werden wird. Inwieweit die Verhandlungen über eine Erhöhung des Kohle- und Stahlpreises durch die nun mit Beibehaltung der betrieblichen Fertigung des Schuman-Planes beeinflusst werden, wird man noch sehen.

Zum erstmaligen seit dem Februar ist die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik gestiegen, und zwar in den ersten 14 Tagen des November um 41 700 auf 1 278 000.

Welche Import-Regelungen

Auf dem Gebiet des Außenhandels hat sich eine gewisse Entspannung ergeben. Der seitdem über Kredit der europäischen Zahlungunion wird gegeben werden, aber es scheint, daß die Bundesregierung beim Import eine Neuausrichtung vorhat.

Greifen wir ein paar Einzelheiten heraus: Der von Westdeutschland in den Schuman-Plan einzubringende wirtschaftliche Wert wird auf 40 bis 45% geschätzt.

Die kommende Entwicklung hängt ganz allein von der Versorgung mit Kohle und Energie ab. Darauf gehen wir an anderer Stelle des Blattes ausführlich ein.

Die kostenlose Betreuung

Unter der Labour-Regierung wurden viele Sparten der britischen Wirtschaft verstaatlicht. Die Vorteile dieser Verstaatlichung werden laufend bekanntgegeben — die Defizite der Betriebe nur am Jahresende ausgewiesen.

Was über die Produktionskontingente und ihren Ausgleich in Überschuld- und Mangelzeiten im Vertragsentwurf steht, ist noch nicht bekannt. Es ergeben sich daraus aber möglicherweise Gefahren für Westdeutschland, das etwa 10% seines Exports in Kohle und Stahl ausführt.

„Falsche Luft“ — wo! Es ist außerdem richtig, daß Herr Erhard — bei der Neugründung der italienischen Handelskammer für Deutschland — die Bedeutung des Exports hervorhob, und daß eine auf Ilustrieren beruhende Inlandsbankrott auf die verdrängte Maß zurückgeführt werden müsse.

Die „schweren“ Engpässe

Kohle, Strom, Bleche, Schrott, Eisen und Stahl

In der vorigen Ausgabe haben wir über die Engpässe bei Kohle und Eisen berichtet. In diesem Teil werden die Engpässe bei Strom, Bleche, Schrott, Eisen und Stahl behandelt. Inzwischen sind weitere Daten bekannt geworden, die wir nun unseren Lesern in kurzer Übersicht vorführen wollen.

Kohle

Am Anfang steht das Kohleproblem. Nach dem Sommer da, je länger die Steinkohle, die nicht absetzbare Kohlenmenge zu verkaufen und den Koks nebst kleineren Kohlenmengen auf Hohe zu legen. Ende des Sommers ließen Bestellungen des Auslandes die angesammelten Bestände schnell zusammenzuckern. Daneben blieb noch ein erheblicher Exportbedarf, der ungedeckt war. Das führte zur Festsetzung einer Ausfuhrquote für das vierte Quartal von 6,8 Mill. t. Inzwischen ist versüßt worden, die internationale Ruhrbehörde dazu zu bringen, nur 5,8 Mill. t Kohle für das vierte Quartal als Export zu verlangen. Diese Versuche sind gescheitert. Am Samstag beschloß die internationale Ruhrbehörde, die erwarbten 6,8 Mill. t als Export zu verlangen, obwohl nun langsam jedes Kind in Deutschland weiß, daß die Kohlen nicht reichen. Für die deutsche Inlandversorgung werden 25 Mill. t benötigt, aber nur 20,2 Mill. t bleiben nach Abzug der erwarbten Exporte übrig. Die Kohleversorgung ist zurück und die Gasstellungen in die Industrie wurden auf 80% der September-Bestände gekürzt. Es bleibt nun alles davon ab, ob die Kohleförderung so gesteigert werden kann, daß wenigstens in absehbarer Zeit der Inlandsbedarf annähernd gedeckt werden kann. Da die deutsche Produktion sehr laufend steigt, wird die Inlandsbedarfsdeckungsleistung der Kohle langsamer sein als die Industrieproduktion.

Strom

Obwohl für die Energieversorgung großenteils Braunkohle und Wasserkraft herangezogen werden, hat doch die Kohlenknappheit bereits einige Erzeugungseinschränkungen auf dem Stromsektor hervorgerufen. Es waren allerdings bisher nur wenige Elektrizitätswerke, aber das Bundeswirtschaftsministerium ist der Auffassung, daß umfassende Strom-einschränkungsmaßnahmen ergriffen werden müssen.

Durch die starken Regenfälle in den letzten Tagen ist in der Stromversorgungslage eine gewisse Entspannung eingetreten. Die südöstlichen Wasserkraftwerke konnten ihre Elektrizitätserzeugung steigern und die Steinkohle-kraftwerke im Rheinland entspannen. Diese wurden durch ihren Kohlebestand wieder freigegeben. Ein Kälteeinbruch jedoch würde zu nicht unbeträchtlichen Versorgungsengpässen führen. Wenn die amtlichen Wetterpropheten recht behalten, dann dürfte erst im Januar mit einem, dann allerdings starken, Kälteeinbruch zu rechnen sein. Das an sich schon unzureichende Kohlenkontingent für die westdeutsche Elektrizitätswirtschaft von 900 000 Tonnen für November ist bisher nur zum Teil ausgeliefert worden. Das kommt also noch hinzu.

Die vom Bundeswirtschaftsministerium verfügte Stromschränkung, nach dem Industrie-

anteil der einzelnen Länder berechnet, trifft die rheinisch-westfälische Industrie besonders hart. Eine Umlegung der Einschränkungen auf die stromintensivere Industrie hat zwar nur geringe Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, aber führt dazu, daß diese Industrien praktisch kaum noch produzieren können. Schärft man die übrigen Gebiete der Investitionsgüter- und der Konsumgüter-Industrie durch Stromschränkung ein, gibt es Kurzarbeit mit einigen Folgen. Es ergibt sich daher die dringende Frage, ob es sich überhaupt lohnt, eine derartige Umverteilung in weite Kreise der Wirtschaft zu tragen, oder ob es nicht zweckmäßiger ist, die fehlenden 100 000 t Kohle den Elektrizitätswerken zu stellen.

Eisen und Stahl

Alle diese Engpässe beruhen auf dem einseitigen Ausbau der Industrie. Es ist bereits zur Stilllegung von Hoch- und SMO-Ofen gekommen. Wesentliche Produktionsrückgänge sind bei Feinstahlsorten und Werkzeugstählen eingetreten. Dabei hat es sich inzwischen doch schon herausgestellt, daß die augenblickliche Eisen- und Stahlproduktion in Deutschland nicht mal für den Inlandsbedarf reicht, obwohl die geplante Erzeugungserhöhrungsrate von 11,3 Mill. t bereits um rund 100 000 t überschritten ist. Als damals (1947) diese Höchstgrenze in Moskau festgesetzt wurde, war von einem unmittelbaren Export von deutschem Stahl gar keine Rede, sondern nur der Bedarf der deutschen Verbraucher war in Rechnung gestellt, obwohl schon 1946 die Wirtschaftvereinigung Eisen und Stahl den deutschen Bedarf auf rund 14 Mill. t jährlich errechnete. Inzwischen sind aber 10 Mill. t Vertriebe aus den Ostgebieten nach Westdeutschland gestiegen. Seit dem Korea-Krieg sind die Bestellungen aus dem Ausland für Walzstahlerzeugnisse so hoch, daß sie etwa ein Drittel der Monatsproduktion des Walzstahls ausmachen. Mit Rücksicht auf die verdringliche Beforderung der deutschen Verbraucher sollte der Export 120 000 t im Monat nicht übersteigen. Tatsächlich sind die Exportabläufe aber bereits wesentlich höher. Dabei sei erwähnt, daß der pro Kopf-Verbrauch in Deutschland nur 215 kg beträgt, in den USA dagegen 965 kg.

Bleche

Unsere besondere Aufmerksamkeit verdient der Engpass bei Blechen. Durch das Abbruch des kontinuierlichen Walzwerks in Denelaken bei Duisburg und die Herausgabe an die Sowjets wurde nicht nur die Versorgung mit Blechen erheblich beschmälert, sondern können die Kapazitäten der Kaltwalzwerke nicht mehr wirtschaftlich ausgenutzt werden, weil es ihnen an dem warmgewalzten Vormaterial weitgehend fehlt. Die deutsche Automobilindustrie kann ihre Produktions- und Exportleistung nicht fortsetzen, wenn die Anlieferung von Blechen nicht gesteigert wird.

Schrott

Auch finanzielle Probleme können kaum gelöst werden. Um die nach Demontage noch übriggebliebene Rohstahlkapazität mit 14,5 Mill. t wenigstens — in einer begrenzten Zeit — mit 12,5 Mill. t Rohstahl auslasten zu können, sind erhebliche Mittel erforderlich. Es schließt sich nicht nur die Kohle, sondern auch das Kapital. Es fehlt weiter (neben dem Eisen, auf die wir in der vorigen Ausgabe bereits eingegangen) vor allem an Schrott. Das Schrottsortieren ist seit dem Juli ständig zurückgegangen (vom Juli mit fast 700 000 t auf 560 000 Tonnen im September). Obwohl auch der Export an Schrott von 307 000 t im August auf 137 000 t im September zurückging, zeigte sich infolge der gestiegenen Rohstahlproduktion be-

„Preis“ für Kraftfahrzeuge aller Art im Gesamtstand vieler Erzeugnisse. Unter Berücksichtigung von Exporten des statischen Antriebes in Wiesbaden haben gemeinsame Besprechungen mit dem Bundeswirtschaftsministerium stattgefunden mit dem Ziel, zu einem objektiven Preis für die Erzeugung der Automobilindustrie zu kommen. Soweit sich dieser Überblickense, ergab sich, daß die Preise für Automobile etwa um 20% über den Vorjahrespreis liegen. Die Preise für Kraftfahrzeuge liegen höher. Der Preis für Personenkraftwagen relativ höher liegen als die Preise für Lastkraftwagen. Die Preise für Lastkraftwagen sind demgegenüber konstant geblieben. Es ist die Preispolitik für Kraftfahrzeuge zu überprüfen, und man weiß, wie knapp und gesuchtes Gut Kapital zur Zeit sei. Jedenfalls sei die Automobilindustrie fest entschlossen, die Preise zu halten, soweit es ihr durch die Vorlieferanten nicht unmöglich gemacht werde.

Jedoch den ständigen Machthabern auf die Erhebung der wertvollen Rohstoffe und der Schrotts an, die sie für den Aufbau einer Schwerindustrie brauchen. Soweit man hier den Abgeber tatsächlich etwas vergütet, erhält er bei weitem nicht den wirtlichen Gegenwert für das abgegebene Metall. Metalle haben gerade gegenüber Eisen einen besonders hohen Wert, weil seit dem Ausbruch des Korea-Kriegs an den Weltmarkt ein neues Interesse gekommen ist. Wie wir nicht einmal in den Jahren des ersten oder des zweiten Weltkrieges zu verstehen war. Man kann sich darüber streiten, ob diese heute wirtschaftlich gerechtfertigt ist, man kann aber die Tatsache des Preisrückfalls dieser Metalle nicht einfach ignorieren. Das tut man aber in Ostdeutschland. Man treibt eine Vogel-Strahl-Politik, und nimmt von der Entwicklung am Weltmarkt seit dem Ende des Krieges einfach keine Notiz. Die ostdeutschen Metallpreise basieren immer noch auf den alten Stopp-Preisen der Hitlerzeit, während man in Westdeutschland rechtzeitig den Anschluß an den Weltmarkt gesucht und gefunden hat. Schon rein nominal besteht heute zwischen den ostdeutschen Metallpreisen Ostdeutschlands und Westdeutschlands ein bedeutendes Preisgefälle, das sich unter Berücksichtigung des Wechsel-kurses zwischen Ost- und Westmark weiter erhöht.

Zweiten einer besonderen wirtschaftlichen Notlage, wie sie nach Krieges eintraten pflegen, führen, zwangsläufig — das hat schon der erste Weltkrieg gezeigt — zu einer Vermehrung der Metallimporte. Das tritt heute wieder sowohl für Westdeutschland als auch für Ostdeutschland zu, nur mit dem Unterschied, daß der Anreiz zu solchen Importen in Ostdeutschland heute um vieles größer ist als im Westen, wobei der Grund für diese Tatsache in einer durchaus verständlichen Preispolitik der ostdeutschen Wirtschaft zu suchen ist.

Welches sind aber die tiefere Ursachen der immer mehr zutage tretenden Rohstoffnot Ostdeutschlands, besonders des täglich steigenden

Frankreich kirchlich ein Schrotttauschverbot erlassen hat. Auf die Preisprobleme bei Kohle und Eisen wollen wir über das hinaus, was wir in der vorigen Ausgabe bereits berichtet, nicht eingehen, da sie zu Zeit Gegenstand von Verhandlungen mit der Regierung sind.

Zwei Jahre HO

In unseren „Berliner Briefen“ sind wir schon mehrfach auf die HO-Läden eingegangen. Der folgende Bericht gibt uns von besonderer Seite zu sehen, was sich von hier aus nicht zu übersehen, aber wir wollen ihn unseren Lesern nicht vorenthalten.

Die Handelsgesellschaft in der Sowjetzone wurde im November 1948 mit einem Kapital von 50 Mill. DM-Öst gegründet. Auf Befehl der SMA sollten die zerstückelten Finanzverhältnisse dadurch geordnet werden, daß sogenannte Preis-Läden die Handelsgebarung und ihre Gewinne dem Fiskus auflieferten. Preisgestaltung und Einkauf hatten die Verhältnisse des Schwarzmarktes zum Vorbild, was sich u. a. darin zeigte, daß die SMA Butter, Fleisch und Textilien aus Reparaturlieferung an die HO verkaufte. Dazu mußte das Gründungskapital auf 100 Mill. DM-Öst erhöht werden. Jedoch mußte die HO für erstes Geschäft mit einem Verlust abschließen, da die DM-West 825 DM-Öst wertete. So sah sich die DWK gezwungen, die HO aus Investitionen der Länder finanziell zu stützen. Als Laden- und Lager-räume der HO, Transportmittel, Baumaterial und Elektro- und Haushaltswaren, sowie Einzeleinzelhandel, wie Backwaren, Gastwirtschaften beschlagnahmt, später Baufachhandel und Transportmittel des Großhandels.

Der Barmittelbestand war zu dem Zeitpunkt im HO-Geschäft in größeren Maßstäben zumeist in Ost-Berlin aufgezogen, wo Verkaufsstellen trotz hohen HO-Preisen durch das Währungsgefälle zwischen DM-West und DM-Ost bestanden. Das erforderliche Warenangebot wurde aus Beschlagsnahmen, sowie aus Zuteilungs-beständen des FDGB, der Wirtschaftsämter und der Konsumgenossenschaften zusammengekauft. So mußte die Sowjetzone 1.300 000 m Stoffe, 450 000 Paar Strümpfe, 270 000 Stück Trichter, 11 500 Paar Lederschuhe und 800 Fahrräder liefern. Diese Posten wurden nur in Berlin angeboten. Der geplante Umsatz von 4 Mrd. DM-Öst wurde indessen nicht erreicht. Er betrug im Geschäftsjahr 1948/49 nur 2,1 Mrd. DM-Öst, doch versprochen die Auswirkungen der Blockade Berlins ein gleichmäßiges Geschäft. Durch die Gegenblockade in ihrer Produktion behindert, durch illegale Konkurrenzgeschäfte abgelenkt, fiel es der Industrie der Sowjetzone schwer, der HO ein wert- und mengenmäßig befriedigendes Warenangebot zu stellen.

Als nach Aufhebung der Blockade die Schaufenster in den Berliner Westbereichen stärkere Kaufkraft nicht nur für die Westberliner, sondern auch für Ostberliner und die Bewohner der Sowjetzone boten, arbeitete die HO mit sehr kalkulierten Kampfpreisen gegen diese Erscheinung. Sie senkte ihre Preise um etwa 50% (Oktober 1948). Im Umsatzwert verdoppelte sich im 3. Quartal 1948 gegenüber dem ersten Quartal 1948, ihre Umsatzerlöse verdreifachten sich sogar, wogegen der Gewinn für die entsprechenden Termine von 215 Mill. DM-Öst auf nur 250 Mill. DM-Öst ausfiel, was einem relativen Abnahmende des Gewinns um 40 auf 48 entsprach. So zeigt der Abschluß des ersten Geschäftsjahres der HO diese belastete durch Gründungsschwierigkeiten, durch unzulässig hohe Ansprüche der SMA, die ohne Rücksicht auf den eigentlichen Gewinnzwang — Finanzierung des Zweijahresplanes — gestellt und eingefordert wurden; ferner durch die bewusste Lage auf dem Berliner Markt und die, durch den Bargeldmangel der Sowjetzone hervorgerufene Höchstpreispolitik, die nur hier erfüllt werden konnte, was die 1:3-Verhältnis-Währungsgefälle Preissteigerungen und Bargeldmangel in den Westbereichen den Oeten aufordern, mit drastischen Preissteigerungen den Kaufpreis an HO-Waren zu erhöhen. Ein zweites, politisches Grund ist dieser die HO soll eine Art „Schaufenster des Ostens“ in Berlin darstellen. Diese psychologische Spekulation kann nur hier ge-

wagt werden, wo schon eine große Anzahl zahlungskräftiger Funktionäre von Partei und Staat, das Währungsgefälle auszunutzen Westberliner und höhere Durchschnittseinkommen verdienende Ostberliner das Geschäft mit einer gewissen Stetigkeit unterstützen. Nicht so in der Sowjetzone, wo der Einkommensdurchschnitt Einkäufe von HO-Waren im Werte von rund 130 DM-Öst pro Kopf und Jahr erlaubt und der eigentliche Teilbestand staatlichen Preiswuchers — unter Ausnutzung der katastrophalen Versorgungsnotlage der Bevölkerung — durch das HO-Geschäft offenkundig ist. Dieser Teilbestand soll durch ein reichhaltiges Warenkontingent der HO in Berlin, durch Verkaufsförderungen und reklameschaffende Ermittlung von Warenhäusern an der Sektorergänzung verschleiert werden. Der Wille zur Durchführung dieser Absicht der HO-Geschäftsführung wird von einer Übersicht der HO-Verkaufsstellen und des Wachstums ihrer Anzahl eindeutig klar.

Im ersten Geschäftsjahr 1948/49 erreichte die HO in Berlin 14 Verkaufsstellen (3 Kaufhäuser, 14 Läden für Industriewaren, 4 Lebensmittelgeschäfte, 25 Kioske, 14 Restaurants, 11 Konditoreien und 1 Hotel mit insgesamt 937 Angestellten. Im Oktober 1950 betrug die Anzahl der HO-Verkaufsstellen in Berlin bereits 250 Objekte mit 9 000 Angestellten; es wurden 1950 zusätzlich eröffnet 136 Objekte, darunter 45 Lebensmittelgeschäfte, 19 Kioske, 6 Verkaufsstellen für Industriewaren, 1 Autoverkaufstelle, 1 Baustoffladen, 1 Möbelkaufhaus, ferner 6 Verkaufsstellen für die Randgebiete, 1 Verkaufsladen und ein zentrales Importlager in Berlin-Schönefeld.

In der Sowjetzone dagegen beträgt die Anzahl der HO-Geschäfte für eine Bevölkerung von 17 Millionen insgesamt 1 406 Läden und Kaufhäuser, für einen sechsten Mal stärkeren Kundenkreis als in Berlin als nur die knapp 6-fache Anzahl von Verkaufsstellen.

Die Ausweitung ihres Verkaufssystems in Ost-Berlin zwingt die HO zu schärferer Rationalisierung, und der schwächeren Preisbestand bezieht den hiesigen Grad ihrer Leistungsfähigkeit. Von den Preissteigerungen im September 1950 wurde ausdrücklich erklärt, daß sie vorläufig die letzten bleiben würden. Um hierüber nicht einen kritischen Investitionsbeitrag zu überschreiten, beschränkt sich die HO auf den Handel mit schnell umsetzbaren Waren, während sie sich Räume und Einrichtungen neuer Verkaufsstellen durch Beschlagsnahme privater Ladengeschäfte und Handelshäuser verschafft.

Diese neuen Beschlagsnahmen erfolgen, wenn den bisherigen Inhabern illegaler Ost-West-Handel, Wirtschaftsstände, Unrentabilität des Betriebes oder die Tatsache vorgevorhalten werden kann, daß sie ihren Wohnsitz in einem der Westzonen haben. So wurden in den Monaten September — Oktober 1950 über 900 Betriebe, meist Lebensmittelgeschäfte, Drogerien, Haushalts- und Wirtschaftsgütergeschäfte, Bekleidungs- und Modedressen und Kommission- und Pfandleihgeschäfte beschlagnahmt, in deren Räume HO-Verkaufsstellen, die bisher einen Straßenraum innehalten, eingewiesen wurden.

Grundungsmethode, bisherige Tätigkeit, Struktur und Aufgaben der HO lassen den Schluss zu, daß sie die sowjetische Binnenhandelspolitik zum Vorbild haben und diese mittels geeigneter Organe wie der Fachkontore des Großhandels, der Handelsräte, der HO und der Konsumgenossenschaften, grundweises auf das Wirtschaftsgeschehen der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland übertragen helfen sollen. Die Entwicklung der HO soll ihrer Ordnung weitestgehend in diese Richtung, und die Erfüllung der Forderungen des Fünfjahresplanes auf dem Gebiet des Handels würde die Verwirklichung sowjetischer Zustände auch hier bedeuten.

Da die Aufgaben der HO gegenüber dem Verbraucher weitgehend bestimmt sind von ihren Aufgaben gegenüber dem Ministerium der Finanzen der Sowjetzone und von den Ansprüchen, welche die russische Besatzungsmacht an sie, laut Gründungsvertrag, hat, kann ihr Ziel nicht das einer schrittweisen Besetzung der Versorgungsnotlage auf sozialistischer Basis sein.

Fortsetzung auf Seite 4

Zukunft der deutschen Autoindustrie

Umfang des Kraftwagenverkehrs abhängig vom Lebensstandard

Auf der Prose-Konferenz des Verbandes der Automobil-Industrie e. V. gab der Geschäftsführer des Verbandes, Dipl.-Ing. W. B. Vorrw, einen Überblick über die gegenwärtige und zukünftigen Aufgaben der deutschen Automobilindustrie, unter besonderer Berücksichtigung der Stellung, die die deutsche Automobilindustrie im deutschen Außenhandel einnimmt. Nach dem gänzlichen Zusammenbruch haben, so führte der Sprecher aus, die Produktions- und Ausführzahlen der deutschen Automobilindustrie inzwischen eine Entwicklung genommen, die die Feststellung rechtfertigt, daß die deutsche Automobilindustrie wieder da ist und daß sie bereit ist, sich dem ausländischen Automobilbau zum Wettbewerb zu stellen.

Die Welt ist und zwar nicht zuletzt durch die Erfindung des Verbrennungsmotors und seine Anwendung im Automobil und im Flugzeug in den engen Grenzen der Nationalitäten zu klein geworden, neue größere Räume seien entstanden oder in der Bildung begriffen. Der Redner wies auf die Auswirkungen hin, die die wirtschaftliche Entwicklung bis in einzelne Industriestufen hinein greifen lassen und deren Schicksal mitbestimmen. Als derartige Ausprägungen kennzeichnete Vorwort die Liberalisierung des Außenhandels, den Abbau der Zoll- und Handelsbeschränkungen, die EPT und die Schritte zum Schuttschuttschutz, die alle als Schritte zu dem Ziel der Integration der europäischen Völker anzusehen seien.

Dies im Fluß befindliche Wandlung und Umformung gebe auch die Entwicklung der deutschen Kraftfahrzeugindustrie die Richtung an. Ganz allgemein sei der Umfang des Kraftwagenverkehrs vom Lebensstandard der Völker abhängig, und wenn man die heutigen Zahlen in verschiedenen westlichen Ländern vergliche, so sehe man auf den ersten Blick, daß verbunden mit diesen Ländern — wie Deutschland in der Motorisierung noch weit zurückbleibe. Vorausgesetzt, daß die in ganz bedeutende Entwicklung zur weiteren Motorisierung auf allen Gebieten, im Straßenverkehr, in der Landwirtschaft, im Lastkraftwagenverkehr nicht durch nicht vorhersehbare Ereignisse im unvorhersehenen würde, dürfe man auch für Westdeutschland mit einer starken weiteren Zunahme des Kraftfahrzeugverkehrs aller Art rechnen, einer Zunahme, die ja zunächst ein Aufholen gegenüber den bereits weit im Vordergrund befindlichen westlichen Nachbarn sei.

Hieran würden auch auf lange Sicht noch ausnützlich, den Kraftverkehr nicht heute — ja geradezu verkehrstechnische — Maßnahmen nichts ändern. Vorwort nannte einige Ver-

gleichnisse über die Motorisierung in verschiedenen westeuropäischen Ländern. In Frankreich käme 1 Personenkraftwagen auf 27 Personen, in England bereits auf 23 Personen, während in Deutschland 1 Personenkraftwagen auf 108 Personen falle. Das heißt, daß Westdeutschland etwa erst ein Viertel der Motorisierung hinter sich gebracht hat, die bei den westlichen Nachbarn vorhanden ist. Bei den Lastkraftwagen sei der Unterschied nicht so groß: die entsprechenden Zahlen lauten für Frankreich 1 Lastkraftwagen auf 56 Personen, in England auf 40 und in Deutschland auf 124 Personen. Selbstredend können die deutsche Automobilindustrie ihre Leistungen nicht alleine an den Inlandmarkt knüpfen, sie sei von jeher stark exportorientiert gewesen, — es gibt eine ganze Reihe deutscher Automobilwerke von Welt Ruf —, und sie sei auf dem besten Wege, sich durch Qualität und Leistung einen neuen Platz im Ausland zu erlangen. Die Frage, ob es der deutschen Automobilindustrie gelingen werde, im Wettbewerb mit den Automobilfabriken in Frankreich, England, Italien, sich zu behaupten, sei für die deutsche Automobilindustrie gerade eine Lebensfrage. Großbetrieben, denen Automobilindustrie die größten Anstrengungen mit staatlicher Unterstützung mache, um die Anzahl von Automobilen zu forcieren, — 10 bis 20% der europäischen Automobilproduktion werde exportiert, — sei wohl als der stärkste Konkurrent der deutschen Automobilindustrie auf dem Weltmarkt anzusehen.

Um den Export der deutschen Automobilindustrie nicht nur zu halten, sondern weiter auszubauen, sei erforderlich, daß nach rationellsten Methoden produziert werde, damit durch große Stückzahlen eine Kostenenkung möglich werde und damit neue Publikumsschichten im Inland für den Kauf von Kraftfahrzeugen reif würden. Am Anfang aller Exportbestimmungen stehe die Erweiterung des Inlandsbesatzes. Der Personenkraftwagen dürfe endlich auch in Deutschland nicht mehr als ein Luxusgegenstand einer bevorzugten Gesellschaftsschicht gelten.

Angesichts der Grundtatsache, die für die ganze deutsche Wirtschaft gelte, auf existenz Raum mit einem Minimum an Bodenschätzen ein Maximum an Menschen zu erschaffen, wies er nach der Mangel an Kapitalindustrie, sei es notwendig, daß arbeitsintensive Industrien besonders gefördert werden. Der Kraftverkehr sei einer der arbeitsintensivsten Zweige der deutschen Wirtschaft überhaupt. Das Thema

Berliner Brief: Ostdeutsche Rohstoffnot

Die ostdeutsche und ostzonale Presse hat offenbar auf eine Anweisung von oben in der Woche vor dem 5. November eine Kampagne gestartet, die darauf abzielt, mit allen zu Gebot stehenden Mitteln die letzten verfügbaren Rohstoffe aus der Bevölkerung herauszuholen, die den Sammelaktionen der hiesigen Aem entgegenkommen werden, oder die sich erfinden wieder angeschlossen haben. Die Schlagzeilen der beliebten Gazetten an der mehr oder minder geschickt aufgeschichteten, in ihrem Ton aber gleichen Betrachtungen lauten denn auch: „Aus Schrott wird Brot“, „Kein Gramm Bleistift darf verkommen“, „Unterstütz die Buntmetalle sammelung“, „Wir sammeln für den Aufbau“, „Buntmetalle für Frieden und Wirtschaft“ usw. Die „Mitteldeutsche Zeitung Dresden“ versteht sich sogar zu einer gewissen Wertung in folgender Form:

„Wir alle helfen mit, auch ihr, Frau Meier und Herr Schmidt, geht ab die alten Buntmetalle, der Fundjahresplan braucht sie für alle.“

Die Nationale Front wird in diese Aktion eingeprengt, die Schmelzgold, die Fez und was es sonst noch an Organisationen gibt, und das sind nicht wenige.

Nun wäre es sich gegen eine Aktion zur Verwertung der Altschlacke durchsicht nicht anzusehen, denn Deutschland hat einen Krieg verloren, und die deutsche Wirtschaft hat alle Ursache, mit ihrem Hilfsmitteln so sparsam wie möglich umzugehen. Auch der Westen wendet sich mit Aufreißern gegenwärtig an die Bevölkerung, um die im Haushalt anfallenden Rohstoffe, wie Lumpen, Altpapier, Altimetalle, Knochen, Altsäure, Feile usw. in stärkerem Maße als bisher zu erfassen und der Wirtschaft nutzbar zu machen. Es besteht aber ein Unterschied zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Vorgehen, ein Unterschied grundlegenden Art.

Während im Westen aus der Privatinitiative heraus die Hausfrau auf den Wert der im Haushalt anfallenden Rohstoffe aufmerksam macht, und gewarnt ist, ihr bei Abfertigung, wenn auch im kleinen, Entgelt dafür zu zahlen, versucht der Osten auf dem Wege ständlichen Drucks praktisch unumstößlich in den Besitz der begehrten Altschlacke zu kommen. Man entschließt sich bestenfalls „Prämien“ für besonders gute Sammel-ergebnisse zu geben, die aber mitnichten den eigentlichen Reiz darstellen und schon gar nicht der Hausfrau, von der ja die Altschlacke stammen, sondern in den meisten Fällen, soweit es sich um wirklich wertvolle Präzisen handelt, den Organisationen der Sammelaktion zugute kommen. Es ist das bekannte Verfahren, mit dem man schon in der Hitlerzeit die Dackelbunde „entpöbelte“ und able, was nicht nötig und nötigste war, mitgeben ließ. Auch damals gab man mitreinen, insgesamt gesehen, recht beträchtliche Werte für einen Pappentel hin.

Heute wird der Bevölkerung für die Zukunft ein besseres Leben versprochen, für eine sehr ferne Zukunft, wie uns nach den Ergebnissen planwirtschaftlicher Neuordnung der ostdeutschen Wirtschaft nach dem Krieg scheinen will. Welche Chancen es dabei bei der Bevölkerung, soweit sie nach abgabefähig ist, geben kann, zeigt folgender Verfall. In der „National-Zeitung“ befragt sich ein Bildermaler aus Wittenberge, daß er, obwohl er 500 kg Altpapier abgegeben hat, jetzt zwar über eine entsprechende Menge Altpapiermarken verfügt, dafür aber keine neuen Tinten erhalten kann. Ihm ist es sogar nicht einmal möglich, für einen größeren Posten neuer Tinten mit alter Aufschrift neue Tinten zu erhalten. Die „Textil-punkte“, die man der Bevölkerung für die Abgabe von Lumpen gab, erwiesen sich ebenfalls als leere Versprechungen. Kein Wunder, daß die Abgabebüro bei der ständigen Bevölkerung immer geringer wird, im wesentlichen kommt es

jedoch den ständigen Machthabern auf die Erhebung der wertvollen Buntmetalle und des Schrotts an, die sie für den Aufbau einer Schwerindustrie brauchen. Soweit man hier den Abgeber tatsächlich etwas vergütet, erhält er bei weitem nicht den wirtlichen Gegenwert für das abgegebene Metall. Metalle haben gerade gegenüber Eisen einen besonders hohen Wert, weil seit dem Ausbruch des Korea-Kriegs an den Weltmarkt ein neues Interesse gekommen ist. Wie wir nicht einmal in den Jahren des ersten oder des zweiten Weltkrieges zu verstehen war. Man kann sich darüber streiten, ob diese heute wirtschaftlich gerechtfertigt ist, man kann aber die Tatsache des Preisrückfalls dieser Metalle nicht einfach ignorieren. Das tut man aber in Ostdeutschland. Man treibt eine Vogel-Strahl-Politik, und nimmt von der Entwicklung am Weltmarkt seit dem Ende des Krieges einfach keine Notiz. Die ostdeutschen Metallpreise basieren immer noch auf den alten Stopp-Preisen der Hitlerzeit, während man in Westdeutschland rechtzeitig den Anschluß an den Weltmarkt gesucht und gefunden hat. Schon rein nominal besteht heute zwischen den ostdeutschen Metallpreisen Ostdeutschlands und Westdeutschlands ein bedeutendes Preisgefälle, das sich unter Berücksichtigung des Wechsel-kurses zwischen Ost- und Westmark weiter erhöht.

Zweiten einer besonderen wirtschaftlichen Notlage, wie sie nach Krieges eintraten pflegen, führen, zwangsläufig — das hat schon der erste Weltkrieg gezeigt — zu einer Vermehrung der Metallimporte. Das tritt heute wieder sowohl für Westdeutschland als auch für Ostdeutschland zu, nur mit dem Unterschied, daß der Anreiz zu solchen Importen in Ostdeutschland heute um vieles größer ist als im Westen, wobei der Grund für diese Tatsache in einer durchaus verständlichen Preispolitik der ostdeutschen Wirtschaft zu suchen ist.

Welches sind aber die tiefere Ursachen der immer mehr zutage tretenden Rohstoffnot Ostdeutschlands, besonders des täglich steigenden

Buntmetallmangels? Es sind nicht die Metall-diebstahl in erster Linie, die hierfür verantwortlich sind; es ist die verfehlte Wirtschaftsplanung, die die gegebenen Möglichkeiten außer acht läßt. Schließlich war Deutschland vor dem Krieg ein organisiertes Wirtschaftsgebilde, daß sich in Jahrhunderten entwickelt hatte. Es war je kein Zufall, daß Ostdeutschland ein überwiegend agrarisches Gepräge in seiner Wirtschaft aufwies, während die weiter nach Westen kam, die Industrialisierung zunahm. Es lag in der Natur der Sache, daß auf den riesigen Rohstoffvorkommen — Westdeutschlands sich an der Ruhr und in Westfalen eine Schwerindustrie entwickeln mußte, die in unmittelbarer Nähe zur Anlieferung anderer westeuropäischer Industrien führte, wobei noch die Nähe der Seehäfen Hamburg und Bremen für die überseeische Rohstoffzufuhr eine gewisse Rolle spielte. Der Osten war, abgesehen von den mitteldeutschen Braunkohlenvorkommen, den Kalivorkommen sowie dem Mansfelder Kupfer an Bodenschätzen sehr arm. Hier waren die Voraussetzungen für den Aufbau einer Industrie, zumindestens einer Schwerindustrie, relativ ungünstig. Was sie vorhanden war, wie in Obersachsen, entstand schon dort auf der Kante, auf dem Blei- und Zinkvorkommen eine industrielle Wirtschaft. Aber gerade die ober-sächsischen Vorkommen an Bodenschätzen können in der gegenwärtigen Lage nicht zum Aufbau der Industrie herangezogen werden, die man in Ostdeutschland zu errichten beabsichtigt.

Der Ausgang des Krieges hat Deutschland in zwei Teile getrennt, wobei Westdeutschland rohstoffreich und in bezug auf Industriekapazitäten zweifellos im Vorteil war. Der Ausgleich der Wirtschaftsbedürfnisse zwischen Ost- und Westdeutschland wäre nun das natürliche Ergebnis, welches die russische Besatzungsmacht an sie, laut Gründungsvertrag, hat, kann ihr Ziel nicht das einer schrittweisen Besetzung der Versorgungsnotlage auf sozialistischer Basis sein.

strebt aber unentwegt einer „Autarkie“ zu, die sich im gesamtdeutschen Interesse später einmal schädlich auswirken muß. Was soll es für einen Sinn haben, in Ostdeutschland eine Schwerindustrie aufzubauen, gewissermaßen ein „Jahrgelieb des Ostens“ ohne Basis zu schaffen, während der Westen Deutschlands das ganze, heute kleinere Gebiet Deutschlands, mühselig mit schwerindustriellen Erzeugnissen höchster Qualität beliefern könnte? Aber gerade das versucht man in der Tat umzusetzen.

Natürlich braucht man dazu steigende Mengen Stahl und Buntmetalle. Hier liegt die Ursache für den Rohstoffmangel Ostdeutschlands. Ein wirtschaftlich kaum zu vertretender Bedarf wird durch die Pläne der ostdeutschen Wirtschaft künstlich geschaffen, denn natürlich auch die Sammelaktionen nicht wirksam abhalten können, ja nicht einmal die Beschlagsnahme aller Altschlackebestände in den Haushalten und der Privatindustrie, die Erläuterung in den volkseigenen Werken und in den Rainen der zerstörten Großbetriebe. Die Androhung schwerer Strafen hat bisher nicht verhindern können, daß Altschlacke, wobei es sich durchaus nicht immer um wertvolle Metalle handeln muß, im Westen angeboten werden. Der Grund hierfür ist, wie erwähnt, das Preisgefälle. Die Not der ostdeutschen Wirtschaft wird überaus klar, wenn man berücksichtigt, daß ostdeutsche Arbeiter, sogar in Westberlin auftraten, um Altschlacke anzukaufen.

Die ganze Misere der ostdeutschen Wirtschaft könnte, nicht nur auf dem Gebiet der Metalle, mit einem Schlag behoben werden, wenn sich die ständigen Machthaber dazu entschließen würden, den Gegenbatter der weltwirtschaftlichen Entwicklung sei dem Ende des Krieges Rechnung zu tragen. Im Zustande des Flugens ja und eines Weiterfahrens mit entsprechenden wirtschaftlichen Verpflichtungen ist die Durchführung einer Autarkie, besonders, wenn man so rohstoffarm wie Ostdeutschland, ein aufgelegter Unimort, der sich eines Tages wirtschaftlich rächen muß.

Aus der deutschen Wirtschaft

Baden

Zu den Auswirkungen der Mitte 1950 erfolgten Erweiterung der deutschen Grenzverkehrszone nach Österreich gibt die Industrie- und Handelskammer Konstanz eine Darstellung, die im wesentlichen folgendes besagt: Durch die Erleichterung des Grenzverkehrs hat sich auf dem Konsumgütermarkt der Grenzzone auf beiden Seiten ein natürliches Gefälle von Angebot und Nachfrage herausgebildet, wie es immer bei offener Grenze bestand. Je mehr Grenzarten ausgestellt wurden, desto mehr haben sich die Auswirkungen auf die einzelnen Zweige von Handel und Gewerbe gezeigt. In bestimmten Branchen hat sich der Umsatz erhöht, andere Geschäftszweige haben dagegen Umsatzrückgänge erfahren. Auf deutscher Seite zeigten sich die negativen Auswirkungen vor allem im Handel mit solchen Waren, die neben dem Zoll mit hohen Verbrauchssteuern belastet sind und daher in der Schweiz billiger zu haben sind, also Tabakwaren, Kaffee- und Tee, während infolge der 1950 deutschen Reichweite in Kopf der Bevölkerung monatlich folgende Mengen verbraucht wurden: Gerösteter Bohnenkaffee 100 g, Tee 8 g, Zigaretten 10 Stk, Zigaretten 47 Stück und Pfefferkuchen 40 g, wurden im Jahre 1949 im Bundesgebiet von einem vierköpfigen Arbeitnehmer-Haushalt mit monatlichen Verbrauchsausgaben von insgesamt 200 bis 350 DM folgende Beträge ausgegeben: Für Bohnenkaffee und schwarzen Tee 2,44 DM gleich etwa 100 g Bohnenkaffee, für Tabakwaren etwa 1,44 DM gleich etwa 30 Zigaretten oder 5 Päckchen Tabak oder 50 Stücken oder 30 Zigaretten. Die im Grenzverkehr eingeführten Feinschnitt-Zigaretten übersteigen im Durchschnitt den tatsächlichen Bedarf der Grenzarteninhaber ganz wesentlich. Das Recht des Grenzabwärters, entsprechend seiner alten Tradition aus dem kleinen Grenzverkehr für sich und seine Familienangehörigen gewisse Vorteile zu ziehen, darf — so schließt die Industrie- und Handelskammer Konstanz ihre Darstellung — ganz unabhängig von den nachteiligen Folgen für deutsche und schweizerische Gewerbetreibende auf keinen Fall geschmälert werden.

Nach Angaben des Landesverbandes der südwestdeutschen Tabakbauvereine, die Mitte November in Offenburg seine Hauptversammlung abhielt, seien etwa 200 000 Zentner indischer Tabak nach angefallen, als der Bedarf betrüge. Der Verband sah sich dadurch zu einer Eingabe an die Bundesregierung veranlaßt, um eine Kontingentierung des Tabak-Anbaus anzugehen. Der auf der Tagung anwesende Landwirtschaftsminister Kirchgesner versprach den Tabakbauern, daß er sich ihres Antrages im Agraranschluß des Bundestages annehmen werde. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Forderung des Verbandes nach der Einführung des Beimischungsverzuges für einheimische Tabake in Feinschnitt-Tabakwaren und im den feinschnittigen Zigaretten. Es wurde die Einführung von zwei Sorten Feinschnitt mit je 50 Prozent Inlandtabak und entsprechender Herabsetzung der Bänderabnehmer- und einer schwarzen Zigarette mit gesenkter Material- oder Bänderabnehmer vorgeschlagen.

Die in Offenburg und Schwetzingen abgehaltenen Tabakbauversammlungen standen vor allem die diesjährigen Ertragsrückgänge im Zeichen von Überangebot und mangelnder Nachfrage. Zigaretten-Sandblät sind in Offenburg sowohl wie in Schwetzingen guten Absatz bei zufriedenen Preisen. Im Durchschnitt wurden für 100 Zigaretten 200 bis 300 DM erzielt. Die Spitzenpreise fielen mit 300 DM auf Moso und mit 282 DM auf Hessehorst. Auch die Verkäufe der pfälzischen und fränkischen Tabakbauvereine konnten mengen- und preismäßig gut abschließen, wenn auch nicht der hohe Durchschnittsatz wie bei Zigaretten-Sandblät aus Südbaden erreicht wurde. Die Gebote für Hauptguttabake waren so schwach und schlecht, daß große Posten bödlicher Tabake zurückgezogen wurden.

Der durch die allgemeine Konjunktur hervorgerufene erhöhte Bedarf an Transportraum brachte sich dem Verkehrsunternehmen ein starkes Bedauern, wenn auch maßgeblich das Exportgeschäft insbesondere nach der Türkei und nach Griechenland bedingt war. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß es sich häufig um Großtransporte nach Übersee handelte und nun das erste, wenn auch vorerst noch kleinen Abschüsse mit Kreditfinanzierung getätigt werden konnten. Der steigende Export Südwestdeutschlands hat sich, wie aus einer maßgeblichen Schiffsagentur berichtet, auch in der Binnenverkehrsfahrt positiv ausgewirkt, und zwar hauptsächlich auf Grund der billigeren Foketten. Allerdings sieht die Binnenverkehrsfahrt in der sehr aktiven Tarifpolitik der Deutschen Bundesbahn namentlich in Bezug auf die Ausnahmefahrt eine für sie äußerst nachteilige Entwicklung, gegen die sie sich zur Wehr setzt. In den norddeutschen Rheinhäfen werden hunderte Matrosen zur Zeit gesucht. — Die seit längerer Zeit für die Rhein-Schiffahrt angekündigte Kreditie in Höhe von 4,10 Mill. DM aus der zweiten ERP-Tranche sind jetzt vom Bundesverkehrsministerium freigegeben worden und sollen in Kürze über die Schiffkreditbank in Duisburg zur Verfügung gelangen. Die Besatz-Flotte wird dabei mit 80% und die Partikulär-Flotte mit 45% berücksichtigt.

Nach Aufzeichnungen des Statistischen Landesamtes haben sich seit Kriegsende im Bereich der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe über 50 neue Betriebe der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie gegründet. Die Zahl der abgegebenen Ausführenterminierungen zeigt mit einer Zunahme von 4300 oder 21% ebenfalls eine lebhaftige Aufwärtsentwicklung. Die Bemühungen der württembergischen Industrie um die Ausweitung der Exportgeschäfte kommen in der Zunahme der Musteranfragen von 600 im September auf 900 im Oktober zum Ausdruck.

Die Dr. Ing. Porsche KG Stuttgart-Zuffenhausen baut ihre derzeitigen provisorischen Produktionsstätten weiter aus, um mit Beginn des kommenden Jahres auf eine monatliche Fertigung von 80 bis 100 Wagen zu kommen. Derselbe liegt die Monatskapazität bei etwa 70 Wagen. Die Nachfrage geht aber weit darüber hinaus, insbesondere besteht auch aus dem Ausland lebhaftes Interesse an dem Porsche-Wagen; u. a. sind bereits Exporte nach den USA, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Portugal, der Schweiz und Schweden zu verzeichnen. Die absehbare Ausweitung der Produktion über die Freigabe von amerikanischen Dienststellen noch bescheidenen Werkgebiets dürfte die Unter-

nehmen zu dem Ausweg des Ausbaues der derzeitigen provisorischen Fertigungsstätte.

Die Papierfabriken in Württemberg-Hohenheim sind nach Feststellung der Industrie- und Handelskammer auf Monate ausverkauft. Die unzureichende Kohlenversorgung und der schleppende Eingang von Zellulose und Holzschliff bereiten der Papierfabriken betrübliche Schwierigkeiten.

Rheinland-Pfalz

Der Produktionsanstieg in der Pfalz setzte sich auch im September fort. Das Ergebnis der industriellen Erzeugung im Berichtsdrittel des Jahres ist mit rund 103 Mill. DM liegt um 3 Mill. über dem des Vormonats und um 98 Mill. DM über dem Ergebnis des Vorjahres. Die Produktionsergebnisse sind in der Hauptsache — infolge des bevorstehenden Weihnachtsgeschäftes — von der Verbrauchsgüter-Industrie getragen. Neben der Leder- und Textil- und Bekleidungsindustrie erzielte besonders die Schuhindustrie eine bemerkenswerte Ausweitung ihrer Herstellung um etwa 1,7 Millionen Paar Schuhe gegenüber 1,4 Millionen im August 1950. Die industrielle Erzeugung erreichte im dritten Quartal des Jahres ihren Höchststand seit Kriegsende. Die in der Pfalz dominierende Industrie ist die Chemische Industrie, die Eisen- und Metall-Industrie und die Schuhindustrie, die zusammen ca. 70% der gesamten pfälzischen Industrie repräsentieren, konnten eine beachtliche Steigerung der Produktion erzielen. Sie liegt im Durchschnitt bei 35% im Vergleich zum Vorjahr. Mit 57% im Vergleich zu 1949 kann die Textil- und Bekleidungsindustrie nach der Bauindustrie mit 62% den stärksten Anstieg der Produktion verzeichnen. Wie das Landesstatistische Amt mitteilt, sind seit dem 1. Juli 1949 insgesamt 26 790 Menschen in die Pfalz neu eingewandert worden. Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer einhalb der Berichtsdrittel betrug Ende September 297 400. Danach erfolgten im September 4 200 Neuzustellungen.

Die Zahl der Arbeitslosen lag in der Pfalz innerhalb der ersten beiden Wochen des November im Jahre von 16 702 auf 18 892 gestiegen. Wie das Landesstatistische Amt mitteilt, waren am 13. November 13 378 (an 31. Oktober 11 961) Männer und 5 179 (4 741) Frauen arbeitslos. Das Landesstatistische Amt hält die Entlassungen für vorübergehende Maßnahmen der Holzverarbeitenden, der papiererzeugenden, der Eisen- und Metall- und der Bekleidungs-Industrie, die alle über starken Rohstoff- und Brennstoffmangel klagen. Im Baugewerbe wurden — wenn auch in unwesentlichen Umfang — ausfallende Bauarbeiten ebenfalls Entlassungen vorgenommen.

Dem deutsch-französischen Grenzverkehr, dessen Inanspruchnahme mit dem 1. Januar 1951 geplant ist, sieht man in Pfälzischer Wirtschaftskreisen mit erwartungsvollem Optimismus entgegen. Man legt allerdings besonders in Kreisen der Schuhindustrie Wert darauf, daß die Kanonvorschrift des Grenzverkehrs hinsichtlich der Beibringung eines Urzeugungszeugnisses obligatorisch wird, da sonst der Charakter des Grenzverkehrs nicht gewahrt bleiben könnte und dem Abkommen zugrunde liegenden Gedanken der Wiederkonkurrenz aller Wirtschaftsgebiete zwischen sich ergänzenden Wirtschaftsgebieten nicht im eigentlichen Sinne Rechnung getragen würde. Die Begrenzung des Abkommens auf einen 30 km breiten beiderseitigen Grenzstreifen hat eine großzügige Auslegung gefunden. So ist in der Pfalz u. a. der Kreis Neustadt/Waldstraße noch mit einbezogen. Auch Karlsruhe wird am Abkommen beteiligt sein. Auf französischer Seite nehmen u. a. die Departement Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle sowie das Saarland am Grenzverkehr teil. Gegenwärtig werden auf deutscher und französischer Seite die Warenlisten für den Grenzverkehr aufgestellt.

Hessen

Durch das Eingreifen aller beteiligten Dienststellen und Behörden ist bei den Opel-Werken in Rüsselsheim ein Kohlenmangel, der zur Gefahr der Stilllegung des Werkes am 17. November geführt hätte, beseitigt worden, wie von der Leitung der Adam Opel A.G. mitgeteilt wird. Die zugewandten und auf den Weg gebrachten Kohlenmengen reichten aus, um den Betrieb im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten, wenn auch noch nicht diejenige Kohlenmenge zugesagt werden konnte, die zur Wiederaufnahme der Bestände auf eine normale Vorratshöhe erforderlich wäre. Die Leitung des Unternehmens hofft, daß es gelingen wird, die Belieferung in vollem Umfang wieder zu beschaffen.

Nordrhein-Westfalen

Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in Nordrhein-Westfalen wurde im Oktober durch den erstmalig allgemein spürbaren Kohlenmangel abgeschwächt. Der Produktionsanstieg erhöhte sich diesmal nur um drei Prozent, während der Zuwachs im September fast doppelt so hoch war. Wie aus einem Bericht des Landeswirtschaftsministeriums hervorgeht, verursachte der Mangel an Kohle bereits Produktionsausfälle. Vereinzelt war sogar die Gasversorgung unzureichend. Trotzdem bestimmte sich im Oktober die Investitionsgüterindustrie mit einem Zuwachs von 4,4 Prozent den Grad des Produktionsanstieges, der allerdings gegenüber dem Vormonat stark zurückblieb. An der Spitze stand dabei die Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallindustrie, deren starker Anstieg mit 11 Prozent anhielt. Die Produktion wurde auch durch Rohstoffverfügbarkeiten und Kapazitätsfragen behindert.

Eine saisonmäßig erwartete Zunahme der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen in der ersten Novemberhälfte ist nicht eingetreten, die Arbeitslosenquote weist vielmehr mit 164 401 einen neuen Rückgang um 111 und die Zahl der Hauptempfänger von Arbeitslosenunterstützung einen solchen um 2186 (326 030 Unterstütztenempfänger) auf. Die Zahl der weiblichen Arbeitslosen ist leicht angestiegen. Von den gegenwärtig noch arbeitslosen Kräften ist nur ein Teil langfristig ohne Erwerb. Einen gewissen Einfluß übte die Einstellung von Tiefbauern aus. Dagegen ist in den Großstädten die Nachfrage nach Baufacharbeitern weiterhin groß. An der Spitze der Berufsgruppen mit abnehmender Arbeitslosigkeit stehen die kaufmännischen Berufe. Es folgen die Metallarbeiter

und -verarbeiter und die Verwaltungs- und Bürokräfte. In der Metallindustrie besteht nach wie vor ein großer Bedarf an qualifizierten Metallfacharbeitern.

Die Minden-Havenbergische Trocknungsgesellschaft hat in Herford eine Futtermittel-Trocknungsanlage errichtet, die als erste ihrer Art nicht mit Kohle- oder Öfenheizung betrieben, sondern mit Ferngas beheizt wird. Die umfangreiche aus Wasch-, Zerkleinerungs-, Trocknungs-, Sichtung-, Abfüll- und Weigevorrichtung bestehende Anlage, zu deren Bedienung je Schicht nur sechs Mann benötigt werden, soll eine Stundenerzeugung von 80 bis 60 Zentnern erzielen und den bisher üblichen Verlust auf ein Zehntel verringern. Um schon die diesjährige Ernte an Futtermitteln rechtzeitig verarbeiten zu können, wurde die Anlage bereits am 10. November in Betrieb genommen, obwohl bis zur Beendigung der Bauarbeiten noch einige Wochen vergehen werden.

Die Ausbau der westdeutschen Feinmechanischen und optischen Industrie nach Schweden hat sich 1950, wie aus informierten Wirtschaftskreisen bekannt wird, günstig entwickelt. Die Nachfrage überstieg bei verschiedenen Artikeln die zur Verfügung stehenden Kontingente erheblich, was nicht nur für Kamera, sondern auch z. B. für Zeichengeräte gilt. Bei den kommenden deutsch-schwedischen Verhandlungen wird sowohl über die Möglichkeiten der Aufnahme von einzelnen Positionen in die Freiliste als auch über Erweiterung von Kontingenten verhandelt werden.

Die Elektrogenossenschaft Düsseldorf, in der neben den Stadtwerken und des RWL die maßgeblichen Elektrofirmen vereinigt sind, veranstaltete vom 24. bis 26. November in Düsseldorf eine Elektroausstellung, in der auf die neuesten Fortschritte, vor allem auf technischem Gebiet, hingewiesen wird. Mit der Ausstellung sind Vorträge über die elektrische Kochen und über Vorfritte verbunden. Es werden vollständig eingerichtete Küchen und Badezimmer gezeigt, die mit den neuesten arbeitssparenden Geräten ausgestattet sind, ferner wird eine Vielzahl von sonstigen Elektrogeräten einschließlich Elektrospielzeugen vorgeführt.

Die Industrie- und Handelskammer zu Münster hat mit dem Sitz in Gelsenkirchen-Buer eine vestische Bezirksgruppe errichtet, die den vorseitlich schwerindustriell ausgerichteten Teil des kommunikativen Münster mit den Stadtkreisen Gelsenkirchen, Recklinghausen, Bottrop, Gladbeck und dem Landkreis Recklinghausen umfaßt.

Bayern

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Bayern setzte sich in der Woche vom 2. bis 8. November fort. In diesem Zeitraum wurden 8249 Arbeitskräfte neu freigesetzt (Blau: 4300, gegenüber 3240 (Blau: 3020) in der Vorwoche, mit der der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Bayern wieder begann. Der Gesamtstand der Arbeitslosen in Bayern betrug am 9. 11. 299 000.

Die Angestelltengehälter im bayerischen Einzelhandel werden rückwärtend vom 1. November in der Spitze um 8 Prozent erhöht, wie von der deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesbezirk Bayern, verlautet.

Die Lohnserien der letzten Wochen entsprechen dem Ausmaß der Teuerung noch nicht, wird in einer am Wochenende vom Landesbetriebsrat Bayern des DGB an die Bundesregierung gerichteten Forderung geschrieben. Die fortschreitende Leistungssteigerung von Betrieben und Arbeitnehmern müsse in Preissteigerungen zum Ausdruck kommen. Es sei jedoch zu befürchten, daß die Bundesregierung, wenn sie in ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik beharrt, weitere Preissteigerungen nicht werde verhindern können. Die Kriegsgeldlasten seien zum erheblichen Teil den Arbeitnehmern aufgebürdet worden.

Niedersachsen

In Kürze erfolgt die Inbetriebnahme des zwischen Bückeburg und Minden gelegenen Kraftwerks Labde der Preußag Hannover. Das neue Kraftwerk, dessen Bau bereits schon während des Krieges begonnen wurde, wird mit seiner Leistung von 100 000 kWh die noch bestehende Lücke in der Stromversorgung Niedersachsens schließen.

Die zwischen den Reichswerken Wartenberg-Halsztiller und Grödenland über den Hochalen Nummer fünf getroffenen Kompensationsvereinbarungen sind von der Alliierten Höhenkommission nicht genehmigt worden, da der Abbau des Hochofens bereits zu weit fortgeschritten sei. Seine Teile sind bereits zu über 80 Prozent versandt worden. Die Leitung der Reichswerke bemüht sich zur Zeit über die Bundesregierung darum, die Restanlagen und verschiedene Nebenanlagen auf dem Kompensationswege doch noch für den laufenden Betrieb zu retten.

Auf Anregung der Interessengemeinschaft der in der Ostzone emigrierten Betriebe in Hamburg werden in Zukunft auf der Textilmarktkaufmesse in Hannover diejenigen volkseigenen Textilbetriebe aus der Ostzone nicht zugelassen, deren frühere rechtmäßige Besitzer sich im Gebiet der Bundesrepublik niedergelassen haben.

Eine Konzentration aller Branchen des Bürobedarfs auf der Deutschen Industriemesse 1951 in Hannover ist dadurch möglich geworden, daß die Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG, Hannover, weite Ausstellungsraum für diese Branchen zur Verfügung gestellt hat. Außer der Büro-Branchen werden in Hannover namentlich auch die Papier- und Schreibwaren- und die Verpackungsmittelbranche ausstellen. Der Meldeschluß für sämtliche Ausstellungsgruppen der Bürobranche, die in zwei großen Hallen untergebracht werden sollen, ist bis zum 1. Dezember 1950 verlängert worden.

Hansestädte

Die Arbeitslosigkeit in Hamburg lag im Oktober um 58 Personen auf 22 470 zurückgegangen. Die Zahl der arbeitslosen Männer verringerte sich um 451, während die Zahl der arbeitslosen Frauen um 773 zunahm. Dennoch war die Entwicklung günstiger als im Vergleichsmonat des Vorjahres.

Die im Petersberg-Abkommen auf 100 000 BRT festgesetzte deutsche Tankertonnage ist mit 14 Tankern und 98 750 BRT so gut wie ausgeschöpft. Allerdings sind in dieser Quote zwei genehmigte, aber noch nicht genehmigte Klüfte enthalten. In deutscher Charter fahren keine Einheiten. Ein deutscher Rigolen von Tankern ist noch nicht wieder zu verzeichnen.

In Zukunft können auch größere Schiffreparaturen auf deutschen Werften durchgeführt werden, ohne daß es

hierfür einer besonderen Genehmigung der britischen Devisenbehörde bedürfte, wurde in London amtlich bekanntgegeben. Bisher war es praktisch ausgeschlossen, Reparaturen größeren Umfangs auf deutschen Werften durchzuführen, weil die D-Mark als Hartwährung galt. Die Erleichterung ist eine Folge der Liberalisierung des europäischen Zahlungsverkehrs.

Ostzone

Der Volkskammer der Ostzonenrepublik stellte Ministerpräsident Otto Grotewohl sein neues Kabinett vor. Heinrich Rau, der bisherige Ostzonenminister für Planung, ist als einer der fünf stellvertretenden Ministerpräsidenten gleichzeitig Vorsitzender der neu geschaffenen Planungskommission. Auch der Finanzminister Dr. Hans Losh, wie der Arbeitsminister Dr. Leihar Bold sind gleichzeitig stellvertretende Ministerpräsidenten. Die bisherigen Minister für Industrie und für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung wurden in mehrere Fachministerien aufgeteilt. Minister für Schwerindustrie wurde Fritz Selbmann (bisher Industrie-Minister), für Maschinenbau Gerhard Ziller, für Leichtindustrie Dr. Feldmann, für Land- und Forstwirtschaft Paul Scholz, für Außen- und Innenhandel Georg Handke (bisher Außenhandelsminister), für Handel und Versorgung Minister Dr. Hans Hardin, für Verkehr Prof. Hans Heingrober (bisher Minister für Post- und Fernmeldewesen) Friedrich Baumstark (wie bisher). — Die neue Ostzonenregierung, bestehend aus 11 Ministern, hat die Errichtung von 4 Staatssekretariaten mit eigenem Geschäftsbereich beschlossen. Zum Staatssekretär für die Koordination der gesamten Finanzwirtschaft wurde der bisherige Staatssekretär im Finanzministerium, Willy Hump, zum Staatssekretär für Erlassung und Aufbau Wilhelm Streit, zum Staatssekretär für Nahrungs- und Gesundheitswesen der bisherige Staatssekretär im Industrie-Ministerium, Rudolf Albrecht und zum Staatssekretär für Berufsausbildung Rudolf Wiesner, ernannt.

Der Banknotenumlauf in der Ostzonenrepublik hat sich nach dem Ausweis der „Deutschen Notenbank“ der Ostzone in der ersten Novemberhälfte um 87 Mill. auf 323 Mill. Ostmark weiter erhöht.

Das seit einigen Tagen in Westberlin feststellende Ostmarkangebot, das im wesentlichen aus Großbrötchen von Einzelverkäufern stammte, hat am 16. November durch die fortlaufende Kursabsenkung wesentlich nachgelassen. Im kleinen Geschäft überweg Nachfrage nach Ostmark, so daß die Berliner Wechselstuben am Freitag 100 Ostmark mit 17,55 Westmark kauften und mit 18,30 Westmark verkauften. Das entspricht einer Relation von 3,50 bzw. 3,70 Ostmark für eine Westmark.

Einschränkende Einschränkungen für Strom- und Energieverbrauch in der Ostzonenrepublik sind jetzt von der Sowjetzonenregierung für das Winterhalbjahr 1950/51 erlassen worden. Wie ADN meldet dürfen sämtliche Haushaltungen von 12 November ab wöchentlich in der Zeit von 17 bis 19 Uhr bis 20 Uhr keinen Strom einziehen. Die elektrische Haumbelastung ist tagsüber nicht mehr gestattet. Handwerks-, Handels- und Gewerbebetriebe ist die Stromentnahme von 6 bis 8 Uhr und von 17 bis 19 Uhr untersagt. Betriebe mit einer Leistungsentnahme über 5 Kilowatt dürfen nur nachts Strom einziehen. Stromabnehmer, die während der Sperrzeit Strom verbrauchen, wird im Wiederholungsfall der Strom von 14 Tagen bis zu 3 Monaten gesperrt.

Die HO (Handelsorganisation) der Ostzone umschließt zur Zeit 3000 Geschäfte und Kaufhäuser in Ostberlin und in der Ostzone, wird in der nationalen Presse am 14. November, dem Tage des zweiwöchigen Bestehens der HO, festgesetzt. Bis zum Jahresende soll diese HO auf 4000 erhöht werden, plämlich soll die HO im kommenden Jahr das 2,5- bis 3-fache des gegenwärtigen Warenangebotes zur Verfügung haben. Dabei sollen vor allem auch industrielle Erzeugnisse und Lebensmittel aus der Sowjetunion und aus den übrigen Staaten des Ostblocks zur Verfügung gestellt werden.

An der kommenden Leipziger Frühjahrmesse werden nicht die osteuropäischen Länder etwa wie im Vorjahr beteiligt. Die Kollektivausstellung der Sowjetunion in Halle 5 des Geländes der Technischen Messe soll 10 000 qm umfassen. In Halle 10 werden die Kollektivausstellungen der Tschechoslowakei (2000 qm), Polens (1500 qm), Ungarns (1500 qm) und Bulgariens (500 qm) untergebracht werden. Auch mit einer Beteiligung von Firmen aus Rumänien, Dänemark, den Niederlanden, aus Österreich und aus der Schweiz wird gerechnet. Mit Sammelausstellungen wissenschaftlicher Verlage wollen sich Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Österreich und die Schweiz beteiligen.

Zwei Jahre HO

50% ihrer Einnahmen (1,7 Mrd. DM-Ost) führte die HO im Geschäftsjahr 1948/9 aus dem Ministerium der Finanzen zu Investitionszwecken im Rahmen industrieller Planaufgaben ab. Für die „Aktive“ oder „Haushaltsaufschläge“ gewährt die HO Steuerfreiheit und das Privileg, preisbillige Lieferungen aus Privat- und VEB-Betrieben zu beschaffen; sie ist so in der Lage, ihre Waren mit Aufschlägen bis zu 100% zu verkaufen.

Auch die verwaltungstechnischen Tatsachen beweisen, daß die HO keinesfalls die „socialistische Art des Handels“ im Sinne einer Verbraucherbegünstigung verwirklichen soll, sondern als staatlicher Handelsbetrieb geplant ist und als solcher arbeitet. Im Verwaltungsrat der HO hat die „Regierung“ der Sowjetzone von 17 Sitzen 8 inne, die Länderverwaltungen 5 Sitze, der FDGB und der DFB, als Vertreter der Verbraucher, jedoch nur je 2 Sitze. Die staatlichen Interessen und Wünsche sind also in jedem Falle mit der Stimmen der Regierung und der Länder durchzusetzen, während die „demokratischen Massenorganisationen“ nach der Bedeutung vertreten sind, die ihnen von den russischen und deutschen Sowjets tatsächlich zugemessen wird.

Als eine Organisation staatlich total gelenkter Einzelbetriebe, deren Gesellschaftern politischen Zwecken dienen, sucht die HO über Ausschaltung des privaten Einzelhandels die gesellschaftliche Schicht, die diesen trägt, zu vernichten; sie unterwirft in Ost-Berlin den politischen Kampf der Sowjets gegen den Westen auf wirtschaftlichem Gebiet.

England bald ohne Marshallhilfe

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Marshallhilfe für Großbritannien bereits in der nächsten Zeit in Fortfall kommt. Möglicherweise dürfte es sich nur um eine vorübergehende Einstellung dieses Dollarkredits handeln, voraussichtlich dürfte die eher andächtig auftreten. Von amerikanischer Seite ist in Großbritannien hierzu zwar noch nicht Stellung genommen worden, inoffiziell besteht jedoch kaum noch ein Zweifel darüber. Ministerpräsident Attlee führte bereits vor einiger Zeit vor dem Parlament aus, daß zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten ein Übereinkommen erzielt worden sei, die künftigen Ansprüche Großbritanniens auf Marshallhilfe einer Revision zu unterziehen und schließlich ließ ein Kabinettsmitglied, wie aus London berichtet wird, „die Kasse aus dem Saack“, indem er vor dem Unterhaus erklärte, daß Großbritannien jetzt ein Stadium erreicht habe, in dem die Marshallhilfe für die britische Wirtschaft nicht mehr länger erforderlich sei.

Selbst das Sterlinggebiet im Warenverkehr mit den Dollarländern einen Aktivsaldo aufweist, ist die Möglichkeit einer Einstellung der Marshallhilfe bereits eingehend erörtert worden. Es ist verständlich, daß die Vereinigten Staaten kein Interesse daran haben, daß die Marshallhilfe lediglich einer zusätzlichen Erhöhung der britischen Gold- und Dollarreserven diene, sondern daß es das Hauptziel dieser Maßnahme war, den bisherigen Dollarmangel Großbritanniens zu mildern. Über die Auswirkungen der Suspendierung der Marshallhilfe gehen die Meinungen in Großbritannien auseinander. Teilweise glaubt man, daß hieraus für die Wirtschaftsentwicklung Großbritanniens keinerlei Nachteile entstehen, lediglich daß die Gold- und Dollarreserven langsamer zunehmen werden, da in letzter Zeit ein Teil der Marshallhilfe diesen Reserven zugeflossen sei. Demgegenüber wird vielfach darauf hingewiesen, daß die Faktoren, die zu der nachhaltigen Erholung der britischen Wirtschaft und zu der verbesserten Zahlungsbilanz beigetragen hätten, unwirksam würden. Der inflationistische Preisanstieg für Rohmaterialien und die erforderlichen Bemühungen, die Exporte nach den Dollarländern zu steigern, hätten den größten Beitrag geleistet. Im Falle eines Preisrückgangs, so betonen pessimistische Kreise, werde sich Großbritannien bald wieder den gerade überwundenen Schwierigkeiten gegenübersehen. Die Preisgestaltung hängt, abgesehen von nicht abwägbaren Faktoren, weitgehend von dem Bilanzprogramm und von der Exportmöglichkeit trotz der Anforderungen durch die Wiederaufstieg ab.

Plan zum Ausbau der Kohlenindustrie

Die britische nationale Kohlenbehörde, die vor 4 Jahren den Besitz der privaten britischen Kohlenindustrie angetreten hat, veröffentlicht ein Programm zum Ausbau der britischen Kohlenindustrie unter Aufwendung von 636 Mill. Pfund Sterling. Der neue Plan sieht die Modernisierung und Erweiterung eines Großteils der

britischen Kohlenbergwerke vor. Bis zum Jahre 1963 sollen 80 000 Bergarbeiter weniger nahezu 46 Mill. tons Kohle im Jahr mehr fördern als heute. Die Förderkosten sollen damit um 1 Schilling je t gesenkt werden.

Die Vereinigung der nationalen Kohlenbehörden eniten mit Vertretern der Bergarbeiterschaft beraten werden und müssen dann von britischen Minister für die Brennstoffversorgung genehmigt werden. Wie die staatliche Kohlenbehörde mitteilt, würde die in Großbritannien geförderte Kohlenmenge in den nächsten 15 Jahren einen neuen Tiefstand erreichen und die Förderkosten würden um ein Fünftel steigen, sollte der vorgesehene Plan nicht verwirklicht werden.

Der Plan geht davon aus, daß Großbritannien im Jahre 1959 eine Kohlenmenge von 205 bis 215 Mill. tons für den Inlandsverbrauch und weitere 29 bis 35 Mill. tons Export- und Bunkerkohle benötigt. Somit beläuft sich der Gesamtwert auf 230 bis 230 Mill. tons gegenüber 262,7 Mill. tons im letzten Jahr und 277 Mill. tons 1956. Über 250 nur Zeit arbeitende Kohlengruben sollen so ausgebaut werden, daß sie 70% des Bedarfs an Kohle decken können. Eine Reihe neuer Gruben und rund 50 neue Stollenruben sollen weitere 10% des Bedarfs befriedigen. Die restlichen 20% sollen von den rund 250 mittleren und kleineren Gruben, deren Ausbau im neuen Programm nicht vorgesehen ist, beigesteuert werden. Das bedeutet, daß 350 bis 400 britische Gruben stillgelegt werden sollen, obwohl 90 von diesen als durchaus abbaubar bezeichnet werden.

Es wird in dem Bericht der Kohlenbehörde als unwahrscheinlich bezeichnet, daß die noch nicht geförderten Kohlenreserven Großbritanniens in absehbarer Zeit wirtschaftlich abzubauen sind. Jedoch ist man der Auffassung, daß Spezialkohle, wie etwa Kokshölle, knapper werden könnte.

Der neue Plan, wohl der größte Industrieplan, der je aufgestellt wurde, wird in einem Ausblick veröffentlicht, in dem die britische Regierung die Exportquote für Kohle herabgesetzt hat, um den steigenden britischen Inlandsbedarf anzupassen. Die restlichen 30% sollen von den rund 250 mittleren und kleineren Gruben, deren Ausbau im neuen Programm nicht vorgesehen ist, beigesteuert werden. Das bedeutet, daß 350 bis 400 britische Gruben stillgelegt werden sollen, obwohl 90 von diesen als durchaus abbaubar bezeichnet werden.

Ausfuhr auf Höchststand

Die britische Ausfuhr erreichte im Oktober mit 202,2 Mill. Pfund Sterling einen neuen Höchstwert und lag zum erstenmal über der 300-Millionen-Grenze, erklärte der britische Handelsminister, Harold Wilson, am 15. November in London. Das Außenhandelsdefizit weist mit 11,5 Mill. Pfund Sterling den niedrigsten Stand seit Juli 1949 auf gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 13,5 Mill. für die ersten 9 Monate dieses Jahres. Es handelt sich bei diesen Angaben um vorläufige Zahlen, in denen die Einkünfte der britischen Ölgesellschaften, der Seefahrt, der Versicherungen und andere „unabsehbare“ Einnahmen nicht enthalten sind, die die Differenz zwischen dem

Passivum und dem Aktivum der Außenhandelsbilanz ausmachen. Die britischen Außenhandelsbilanz für Oktober, die am 15. November veröffentlicht wurden, weisen für das 3. Quartal 1950 einen Aktivsaldo auf, der auf das ganze Jahr umgerechnet 256 Mill. Pfund Sterling beträgt. Im Krisenjahr 1947 betrug das britische Außenhandelsdefizit 550 Mill. Pfund Sterling, das im Jahre 1949 auf 36 Mill. vermindert und im 1. Halbjahr 1950 auf Jahresbasis umgerechnet in ein Aktivum von 104 Millionen Pfund Sterling umgewandelt werden konnte.

Die britische Ausfuhr nach Dollarländern hat sich im Oktober gegenüber dem Vorjahr um 20% in Pfund Sterling erhöht. Die mengenmäßige Ausfuhr nach den USA und Kanada hat sich im Monat Oktober im Vergleich zur Vorabwertungszeit zumindest verdoppelt.

Kriegsrisiko-Prämie für Versichungen nach dem Fernen Osten gesunken

Die Versicherungsprämie gegen Kriegs-, Streik- und Aufruhr-Risiken für Versichungen von, nach oder zwischen Ostasien städtlich von Schanghai einschließlich Hainan aber ausschließlich Formosa, Hongkong, Kowloon und Macao, wurde am 10. November, wie Lloyd's London mitteilt, von bisher 3% auf 2% herabgesetzt. Die Versicherungsprämie gegen die genannten Risiken für Versichungen nach Formosa nicht verändert. 1/4% (3% ab 1. Oktober) und für Versichungen nach Hongkong, Kowloon und Macao 1 1/4% pro Mille.

Kritik an Schwedens Holzexportabgaben

Die gemeldete Einführung von Konjunkturausgleichsabgaben auf Holz in Höhe von 40-45 Kr per Std. wird von der „Svensk Trävarerörning“ einer scharfen Kritik unterzogen. Das Blatt weist vor allem darauf hin, daß es angesichts der zu erwartenden Erhöhung der Holzpreise um bis zu 75% sowie der Lohnverbesserungen mehr als fraglich ist, ob die Sägewerke über diese Kostenerhöhungen hinaus noch auch eine Exportabgabe tragen können. Es sei ferner zu beachten, daß sich am internationalen Holzmarkt ein Tendenzumschwung abzeichnen beginne. So seien am kanadischen Markt seit Mitte Oktober die Preise für gelagertes Holz bereits um 10-15% zurückgegangen. Die Einführung der Exportabgaben bezeichnet das Blatt als eine Verrückung der Regierung. Es sei deshalb notwendig, dem Ausland gegenüber zu betonen, daß die schwedische Sägewerkindustrie in keiner Weise dafür verantwortlich gemacht werden könne.

Rückgang der Devisenbestände

In der ersten November-Woche haben sich die Devisenbestände der Schwedischen Reichsbank um netto 40 Mill. Kr auf 113,6 Mill. Kr verringert. Diese relativ bedeutende Abgabe von Währungsmitteln ist ausschließlich auf eine starke Vergrößerung der Finanzierungsanträge des schwedischen Imports zurückzuführen, der in letzter Zeit beträchtlich gestiegen ist. Zum gleichen Vorjahreszeitpunkt betragen die Netto-Devisenbestände der Reichsbank 97,7 Mill. Kr. Seit diesem Zeitpunkt sind sich die schwedischen Devisenbestände um 16,9 Mill. Kr auf 114,6 Mill. Kr vergrößert worden.

Verschlechterung der budgetären Lage

Schwedens budgetäre Lage weist eine wesentliche Verschlechterung auf, ergibt sich aus dem jetzt vorliegenden Finanzanweis des Reichsrechnungswesens. Der für das Geschäftsjahr 1949-50 ursprünglich berechnete Überschuß von 679 Mill. Kr hat sich in einen Fehlbetrag von 163 Mill. Kr verwandelt. Sowohl Einnahmen wie Ausgaben sind fast gleich geblieben. Die Ausgaben sind um 500 Mill. Kr niedriger ausgefallen als berechnet wurde, während die Ausgabeposten, das Wirtschaftsministerium ausgenommen, durchgängig die Voranschläge überstiegen haben.

Für weitere Außenhandelsliberalisierung

Schweden sei bereit, die Abschaffung der Handelsrestriktionen fortzusetzen. Durch die Einbeziehung von Koks in die Freiliste näherte sich Schweden bereits dem festgesetzten 75%, erklärte der schwedische Handelsminister, Jan Ericson, in einem Vortrag vor der Reichsbank in Stockholm. Der Minister führte weiter aus, daß Schweden schon seit längerer Zeit die Forderung der Liberalisierung von Kraftwagen aufgehoben habe und dieser Sektor des Imports damit gleichfalls frei sei. Schweden habe sich ferner bereit erklärt, den Export in keiner Weise zu behindern, vorausgesetzt, daß in anderen Ländern die gleiche Politik geführt werde, soweit es sich um für Schweden interessante Einfuhrwaren handele.

Der Minister unterstrich, daß die Veränderungen im Weltmarkt seit Ausbruch des Korea-Krieges bedeutende Rückwirkungen auf die schwedische Wirtschaft sowie auf den Außenhandel haben könnten. Bisher hätten sich wohl der Import als auch der Export erhöht, in den Zahlungen gegenüber dem Ausland bestähe ungefähr Gleichgewicht. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Außenhandels erklärte der Minister, daß für 1951 mit einem schwedischen Exportüberschuß zu rechnen sei, weil angenommen werden müsse, daß sich die Einfuhrmöglichkeiten für Schweden verschlechtern würden. Gerade deshalb sei es notwendig, daß die Exportindustrien ihre Bemühungen um eine Ausfuhrsteigerung noch verstärken.

Der Minister ging schließlich auch auf die vor kurzem beschlossenen Exportabgaben auf Holz und Holzveredelungserzeugnisse ein und wies die Kritik des Waldbesitzes gegen diese Abgaben mit dem Hinweis darauf zurück, daß sich infolge der stark ansteigenden Preise für Rohholz die Einnahmen der Waldbesitzer um jährlich mindestens 400 Mill. Kr erhöhen würden. Die Exportabgaben hätten eingeführt werden müssen, einmal, um einen größeren Einnahmebetrag zu sterilisieren und damit den inflationistischen Tendenzen zu begegnen, zum anderen aber auch, weil die Lage der Staatsfinanzen eine Fortsetzung der Subventionenpolitik nicht zulasse und infolgedessen die Konsequenzen erhöhter Importpreise in einem gewissen Umfang in Kauf genommen werden müßten.

VW-Export nach Skandinavien wieder normal

Der Transport von deutschen Volkswagen über den Großen Belt nach Norwegen und

Schweiz verstärkt Handel mit Deutschland

Der Monat Oktober hat für die schweizerische Ausfuhr nach Deutschland eine hohe Zahl, nämlich den Betrag von 49,3 Mill. sfrs ergeben, gegenüber 35,2 Mill. sfrs im Oktober 1949 und 34,7 Mill. sfrs im Vormonat. Ähnlich wie bei der Einfuhr der Schweiz aus Deutschland entfällt erfahrungsgemäß nur ein kleiner Teil dieser Summe (etwa 1 bis 1,4 Mill. sfrs) auf die Ausfuhr nach der Ostzone Deutschlands.

Die im Oktober von Westdeutschland getätigten Einfuhren aus der Schweiz stammen entweder noch aus verhältnismäßig weit zurückliegenden Ausschreibungen des Einfuhr-ausschusses (wei Quellen der Ausschreibung vom Anfang Oktober noch nicht zugestellt waren) oder es gehen auf Einfuhren im liberalisierten Verfahren zurück. Gegenüber dem Oktober 1949 sind die Umsätze in folgenden Branchen besonders gestiegen. (in Mill. sfrs):

	Oktober 1950	Oktober 1949
Hüte, Felle, Leder	2,0	0,4
Papier, Bücher	1,8	0,4
Wollgarn- und -Gewebe	2,5	0,7
Konfektion	1,7	0,4
Eisenwaren	1,2	0,4
Sonstige Metallwaren	1,4	0,5
Maschinen	4,2	1,5
Thyren	3,7	1,5
Pharmazutafika	2,5	0,8
Chemikalien	1,3	0,5
Farben	1,9	1,2

Kritik an Schwedens Holzexportabgaben

Schweden ist jetzt wieder in normalen Umfang aufgenommen worden. Wöchentlich werden 300 Eisenbahnwaggons mit Volkswagen über den Großen Belt transportiert.

Abkommen mit der UdSSR eine schwere Belastung

„In seiner Gesamtheit hat das skandinavische Kreditabkommen (Schweden mit der UdSSR) nicht durchgeführt werden können, schreibt die Stockholmer „Dagens Nyheter“ in einem Leitartikel im Anschluß an die letzten sowjetischen Abrufe. Was bereits schwedischerseits gelehrt worden ist und noch gelehrt werden müsse, bedeute eine schwere Belastung für die schwedische Wirtschaft. Es genügt, wenn darauf hingewiesen wird, daß wir den Russen mehr auf Kredit gegeben haben, als wir durch die Marshallhilfe bekommen haben, und daß die kreditierte Summe ebenso groß ist wie der Wert einer Jahreseinfuhr von Kaffee, Koks, Bienen, Obst und Früchten“, schreibt das Blatt u. a. Es wird schließlich darauf hingewiesen, daß von der schwedischen Regierung bisher 270 Mill. Kr für russische Rechnung an schwedische Gesellschaften gezahlt worden sind, zum größten Teil verschuldet, und daß bis zum Ablauf des Abkommens im nächsten Jahre weitere rund 100 Mill. Kr bezahlt werden müssen. Bis dahin dürfte von der Gesamtkreditsumme voraussichtlich aber nicht ganz die Hälfte in Anspruch genommen werden, bemerkt die Zeitung weiter.

Ungünstige Wirtschaftslage Dänemarks

Ein düsteres Bild von der wirtschaftlichen Lage Dänemarks gab der dänische Innenminister Axel Møller in einer Rede auf der Konferenz der Landesleitung der Konservativen Partei. „Die Aufgaben, vor denen wir stehen“, so erklärte der Minister, „sind so groß, daß sie uns in mancher Weise und auf vielen Gebieten zwingen, anders zu handeln, als wir möchten. Wir müssen es jedoch tun, um die Katastrophe abzuwenden, vor der unser Land steht.“ „Es wird oft gesagt, daß wir nicht in Überbereitschaft mit dem Parteiprogramm handeln“, fuhr Møller fort. „Doch es gibt wirtschaftliche Tatsachen, die den Vorrang vor Parteiprogrammen haben. Ein Parteiprogramm setzt einen Zustand voraus, wie er vielleicht nur in wirtschaftlichem Gebiet ist die Voraussetzung für die Erreichung gesetzter Ziele, daß das Verhältnis zwischen Verbrauch und Produktion normal ist. Diese Voraussetzung fehlt heute.“ Seit der Devaluierung sei es in Dänemark rasch abwärts gegangen, erklärte der Minister weiter. In diesem Jahre müsse mit einem Valuta-Defizit von 300 Mill. dKr, das sich im nächsten Jahr auf 675 Mill. dKr, erhöhen werde, gerechnet werden. Hinzu käme noch der Betrag, der für die Anschaffung militärischer Ausrüstungen im Ausland benötigt werde. Falls Westdeutschland den Einfuhrstop für Fleisch und landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Dänemark aufrechterhalte, würde sich die wirtschaftliche Lage noch weiter verschlechtern. Er rechne dann mit einem weiteren Defizit von 800 Mill. dKr, vorausgesetzt, daß Dänemark seine Einfuhren aus Westdeutschland nicht wesentlich beschränken werde.

Erhöhung der Großhandelspreise

Zum ersten Male seit Monaten haben sich vom September zum Oktober auch die dänischen Exportpreise stärker erhöht, so daß sie nunmehr den Stand der gleichen Vorjahrszeit überschritten haben. Die Kennziffer der Ausfuhrpreise (1935 = 100) erhöhte sich auf 109 gegen 99 im September dieses und 96 im Oktober vorigen Jahres. Das Stat. Departement weist indessen ausdrücklich darauf hin, daß die Zunahme fast ganz auf eine saisonmäßig bedingte Erhöhung der Bierpreise zurückzuführen ist. Tatsächlich weist denn auch die Gesamtgruppe tierische Lebensmittel nur eine verhältnismäßig unbedeutende Erhöhung der Kennziffer von 98 im September auf 99 im Oktober auf, vegetabile Lebensmittel stiegen etwas mehr von 319 auf 322. Auch für Einfuhrgüter ergibt sich eine ernste Zunahme der Kennziffer von 252 auf 266 (291 Oktober 1949), so daß das Preisverhältnis zum Ausland sich geringfügig auf nur 98 Punkte gegen 101 im September verbesserte. Die stärksten Preissteigerungen verzeichnen Brennstoffe und minerale Öle auf 346 gegen 335, Holz und Papier auf 281 gegen 283 sowie Textilwaren und Konfektion auf 216 gegen 205.

Revision der Lieferverträge mit England gefordert

Die 1949 zwischen Dänemark und Großbritannien auf fünf Jahre abgeschlossenen Lieferverträge für Bacon und Butter werden

Im Absatz deutscher Waren nach der Schweiz werden im Oktober gewöhnlich gute Ergebnisse erzielt. Aber eine schwedische Einfuhr aus Deutschland im Betrage von 34,8 Mill. sfrs ist doch etwas Einmaliges. Dieser Betrag, der bis auf rund 1 Mill. sfrs wieder auf westdeutsche Lieferungen entfallen dürfte, ist bisher noch in keinem Monat, auch nicht in dem durch ein außergewöhnlich gutes Ergebnis ausgezeichneten Monat August d. J., erreicht worden. Der Umsatz vom Oktober des Vorjahres 35,2 Mill. sfrs ist mehr als verdoppelt worden. Allerdings entfällt ein gewisser Teil des Mehrsatzes auf Koks (8,7 Mill. sfrs), 2,3 Mill. sfrs, weil die Schweiz sich überhaupt Mühe gegeben hat, ihre Koksabnahme so schnell als möglich abzuwickeln. In anderen Branchen ergeben sich auch größere Lieferungen. So hat die Schweiz aus Deutschland bezogen (in Mill. sfrs):

	Oktober 1950	Oktober 1949
Maschinen	6,7	3,4
Eisen und Eisenhalbfabrikate	6,9	4,1
Fahrzeuge	4,1	1,4
Eisen- und Metallwaren	4,4	1,9
Instrumente und Apparate	2,3	0,8
Feinmechanik	1,0	0,3
Chemikalien und Farbstoffe	8,1	1,7
Überschüssig gut schließend diesmal auch die landwirtschaftlichen Gruppen ab, so Nahrungsmittel und Getriebe mit 2,2, wovon 1,5 Mill. auf Hopfen entfielen und Sämereien und Pflanzen mit 1,4 Mill. (statt 0,1 Mill. im vorjährigen Oktober). Der schon in den beiden Vormonaten feststellbare Aufschwung in Lieferungen textiltöchter Erzeugnisse, namentlich solcher der Wollbranche, hat sich diesmal angebahnt. Auffällig stark sind zudem keramische Erzeugnisse und Glaswaren von der Schweiz herbeigekommen worden (insgesamt 2,3 Mill. sfrs, 0,8 Mill. sfrs im Oktober vorigen Jahres).		

Kritik an Schwedens Holzexportabgaben

Schweden ist jetzt wieder in normalen Umfang aufgenommen worden. Wöchentlich werden 300 Eisenbahnwaggons mit Volkswagen über den Großen Belt transportiert.

Abkommen mit der UdSSR eine schwere Belastung

„In seiner Gesamtheit hat das skandinavische Kreditabkommen (Schweden mit der UdSSR) nicht durchgeführt werden können, schreibt die Stockholmer „Dagens Nyheter“ in einem Leitartikel im Anschluß an die letzten sowjetischen Abrufe. Was bereits schwedischerseits gelehrt worden ist und noch gelehrt werden müsse, bedeute eine schwere Belastung für die schwedische Wirtschaft. Es genügt, wenn darauf hingewiesen wird, daß wir den Russen mehr auf Kredit gegeben haben, als wir durch die Marshallhilfe bekommen haben, und daß die kreditierte Summe ebenso groß ist wie der Wert einer Jahreseinfuhr von Kaffee, Koks, Bienen, Obst und Früchten“, schreibt das Blatt u. a. Es wird schließlich darauf hingewiesen, daß von der schwedischen Regierung bisher 270 Mill. Kr für russische Rechnung an schwedische Gesellschaften gezahlt worden sind, zum größten Teil verschuldet, und daß bis zum Ablauf des Abkommens im nächsten Jahre weitere rund 100 Mill. Kr bezahlt werden müssen. Bis dahin dürfte von der Gesamtkreditsumme voraussichtlich aber nicht ganz die Hälfte in Anspruch genommen werden, bemerkt die Zeitung weiter.

Ungünstige Wirtschaftslage Dänemarks

Ein düsteres Bild von der wirtschaftlichen Lage Dänemarks gab der dänische Innenminister Axel Møller in einer Rede auf der Konferenz der Landesleitung der Konservativen Partei. „Die Aufgaben, vor denen wir stehen“, so erklärte der Minister, „sind so groß, daß sie uns in mancher Weise und auf vielen Gebieten zwingen, anders zu handeln, als wir möchten. Wir müssen es jedoch tun, um die Katastrophe abzuwenden, vor der unser Land steht.“ „Es wird oft gesagt, daß wir nicht in Überbereitschaft mit dem Parteiprogramm handeln“, fuhr Møller fort. „Doch es gibt wirtschaftliche Tatsachen, die den Vorrang vor Parteiprogrammen haben. Ein Parteiprogramm setzt einen Zustand voraus, wie er vielleicht nur in wirtschaftlichem Gebiet ist die Voraussetzung für die Erreichung gesetzter Ziele, daß das Verhältnis zwischen Verbrauch und Produktion normal ist. Diese Voraussetzung fehlt heute.“ Seit der Devaluierung sei es in Dänemark rasch abwärts gegangen, erklärte der Minister weiter. In diesem Jahre müsse mit einem Valuta-Defizit von 300 Mill. dKr, das sich im nächsten Jahr auf 675 Mill. dKr, erhöhen werde, gerechnet werden. Hinzu käme noch der Betrag, der für die Anschaffung militärischer Ausrüstungen im Ausland benötigt werde. Falls Westdeutschland den Einfuhrstop für Fleisch und landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Dänemark aufrechterhalte, würde sich die wirtschaftliche Lage noch weiter verschlechtern. Er rechne dann mit einem weiteren Defizit von 800 Mill. dKr, vorausgesetzt, daß Dänemark seine Einfuhren aus Westdeutschland nicht wesentlich beschränken werde.

Erhöhung der Großhandelspreise

Zum ersten Male seit Monaten haben sich vom September zum Oktober auch die dänischen Exportpreise stärker erhöht, so daß sie nunmehr den Stand der gleichen Vorjahrszeit überschritten haben. Die Kennziffer der Ausfuhrpreise (1935 = 100) erhöhte sich auf 109 gegen 99 im September dieses und 96 im Oktober vorigen Jahres. Das Stat. Departement weist indessen ausdrücklich darauf hin, daß die Zunahme fast ganz auf eine saisonmäßig bedingte Erhöhung der Bierpreise zurückzuführen ist. Tatsächlich weist denn auch die Gesamtgruppe tierische Lebensmittel nur eine verhältnismäßig unbedeutende Erhöhung der Kennziffer von 98 im September auf 99 im Oktober auf, vegetabile Lebensmittel stiegen etwas mehr von 319 auf 322. Auch für Einfuhrgüter ergibt sich eine ernste Zunahme der Kennziffer von 252 auf 266 (291 Oktober 1949), so daß das Preisverhältnis zum Ausland sich geringfügig auf nur 98 Punkte gegen 101 im September verbesserte. Die stärksten Preissteigerungen verzeichnen Brennstoffe und minerale Öle auf 346 gegen 335, Holz und Papier auf 281 gegen 283 sowie Textilwaren und Konfektion auf 216 gegen 205.

Revision der Lieferverträge mit England gefordert

Die 1949 zwischen Dänemark und Großbritannien auf fünf Jahre abgeschlossenen Lieferverträge für Bacon und Butter werden

Frankreichs Handelsbilanz gebessert

Nach vorübergehender Drosselung der Einfuhr verstärkte Ausfuhr

Der französische Außenhandel zeigt im September und Oktober eine beachtliche Besserung. Bereits im September 1950 hob die wirtschaftliche Handelsbilanz ein neues Aktivsaldo von 8,3 Mrd. Frs. ab, im Oktober erhöhte er sich sogar auf 25,8 Mrd. Frs. Die vorangehenden Monate, ausgenommen der Juli, verzeichneten jeweils erhebliche Importüberschüsse. Zu beachten ist, daß die Exportüberschüsse im Oktober auf die Verstärkung der Ausfuhr zurückzuführen ist, während das Aktivsaldo im September aus einer Einschränkung der Importe resultierte.

Nach dem eigentlichen Ausland wurden im Oktober Waren im Werte von 70,8 Mrd. Frs. (im September 56,6) exportiert, nach dem eigenen Übersetischen Gebieten Frankreichs 41,4 (37,3) Mrd., insgesamt also 112,4 Mrd. Frs. Eine besondere Exportsteigerung ist vor allem zu verzeichnen bei Metallen bei einer Ausfuhr von 32,8 Mrd. (September 7,3), Textilien (Garne und Textilrohstoffe) 25,6 (12,8) Mrd. Frs.

Der Gesamtimport Frankreichs erreichte im Oktober 64,6 Mrd. Frs. (im September 74,8). Davon entfielen auf das eigentliche Ausland 62,4 (September 54,6) Mrd. Frs. und auf die Einfuhr aus dem eigenen Gebiet 34,2 (26,2) Mrd. Frs.

In den ersten zehn Monaten konnte Frankreich seinen Einfuhrüberschuß beträchtlich abbauen im Vergleich zum Vorjahr. Die Einfuhr in diesem Zeitabschnitt erzielte insgesamt 623,7 Mrd. (im Vorjahr 762,1) und die Ausfuhr 833 (611) Mrd. Damit hat sich in dieser Zeit der Überschuß um 131,1 Mrd. des Vorjahres auf 20,7 Mrd. Frs. vermindert.

Steigende Kohlenförderung

Die französische Kohlenförderung erreichte im Oktober dieses Jahres mit 4,603 Mill. t, gegenüber 4,325 Mill. t im September, einen neuen Höchststand. Auch die Kohlenförderung des Saargebietes war im Oktober mit 1,374 Millionen t etwas höher als im September (1,370 Mill. t).

Privateinfuhr von Autos

Die französische Zollverwaltung erlaubt jetzt die lizenzierte Einfuhr von fünf Autosreifen den in Frankreich ansässigen und aus Österreich, Schweiz, Großbritannien, Italien, Holland, Schweden, Belgien und Luxemburg zurückkehrenden Automobilisten, gleich, welches das Herstellungsland der Autosreifen ist. Im Falle einer Ausbeutung der Einfuhr liberalisierung dieses Artikels auf andere Länder wird diese Maßnahme automatisch auf diese Länder ausgedehnt werden.

Frankreich erbt im Oktober rund 9 Milliarden Gegenwert

Insgesamt 9,1 Milliarden Frs. (rund 110 Mill. D-Mark) aus dem Marshallplan-Gegenwertfonds sind der französischen Wirtschaft im Monat Oktober zugewandten. Nach einer Mitteilung des französischen Finanzministeriums erhielt die Privatindustrie den größten Betrag, rund 2,3 Milliarden Frs. der Landwirtschaft wurden 1,6 Milliarden und dem Saargebiet 0,8 Milliarden zur Verfügung gestellt. Zur Bestattung von Kriegsschäden wurden 1,3 Milliarden vorgesehen. Knapp zwei Milliarden werden schließlich in Marokko und 1,3 Milliarden in Tunesien investiert.

USA-Hilfe für Franzosen-Marokko

Nach einem Bericht des französischen Vertreters in der BKA wird Frankreich im laufenden

Finanzjahr einen Betrag von 8 Mrd. Frs. aus dem Franc-Gegenwert der Marshall-Lieferungen für den Ausbau der Wirtschaft Marokkos erhalten. Die Gelder sollen für eine umfassende Modernisierung des Landes vergeben werden, in erster Linie soll das Transportwesen und die Landwirtschaft entwickelt werden.

Die französische Regierung will ihrerseits für das Jahr 1951 einen Betrag von 62 Mrd. Frs. zur Finanzierung des Aufbauprogramms in den französischen Überseegebieten bereitstellen, davon gehen 22 Mrd. über den Etat und 40 Mrd. über den Modernisierungsfond. Die französische Regierung ist im übrigen der Ansicht, daß diese Summen für den zehn-Jahre-Plan für die Entwicklung der französischen Überseegebiete nicht ausreichen. Man erwartet einen Appell an das französische und ausländische Kapital für eine Interessensnahme.

Die Lohnbewegung in Frankreich

In Frankreich ist in letzter Zeit eine leichte Entspannung bei den zahlreichen Verhandlungen über die Heraufsetzung der Löhne und Gehälter festzustellen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, mit Ausnahme der Vertreter der kommunistischen Verbände, sind im Kompromiss leichter geneigt im Hinblick auf die Winterzeit und in Erwartung ausreichender Beschäftigung in den kommenden Monaten.

Im allgemeinen sind die von der Regierung ausgegebenen Direktiven befolgt worden, die neuen Tarife auf die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Branchen abstimmen. Ob jedoch der Wunsch der Regierung, daß die Lohn- und Gehaltsbewegungen nicht zum Vorwand für Preiserebungen dienen dürfen, sich erfüllen wird, wird man erst in einigen Wochen oder Monaten sehen. Übrigens hat die Regierung selbst im staatlichen Sektor noch eine Reihe Lohnkonventionen zu regeln. So sind jetzt im Eisenbahn- und Kraftsektor Vorverhandlungen über neue Lohnkonventionen im Gange. Die Einnahmen der Eisenbahnen sind in den letzten Wochen infolge der Wirtschaftslage wieder etwas gestiegen. Die Schätzungen über das voraussichtliche Defizit der Staatseisenbahnen sind um einige Milliarden Franken auf etwas unter 100 Milliarden Franken herabgegangen. Wie im Bereich will die Regierung auch bei den Bahnen eine allgmeine Erhöhung der Tarife vermeiden, aber die Tarife teils nach oben, teils nach unten „aufrichten“. Man kann damit rechnen, daß in diesem beiden großen staatlichen Sektoren die Löhne etwa um durchschnittlich acht Prozent erhöht werden.

Gründung einer „Veppa“-Firma

Die italienische Firma Paggio in Genua, die Herstellerin des Motorrollers „Veppa“, hat die Gebäude der staatlichen Flugzeugfabrik „Societe Nationale de Constructions Aéronautiques du Centre“ in Fourchambault bei Nevers in Mittelfrankreich aufgekauft und dort unter dem Namen „Ateliers de Constructions de Motocycles et Accessoires“ eine Filiale gegründet. Bis zur Umstellung der Fabrikanlage für die Serienfertigung des Motorrollers dient die Fabrik nur als Montagewerk; die Teilstücke werden in anderen französischen Fabriken hergestellt. Die gegenwärtige Belegschaft von 400 Arbeitern wird mit Beginn der Serienfertigung auf 1000 erhöht.

Lohnstabilisierung in Rot-China

Mitte Juni 1949, also kurz nach der Einnahme Shanghai durch die Kommunisten, führte die neue Regierung „Party Deposit Units“ (im folgenden kurz „Die Einheit“ genannt) ein. Die Maßnahme wurde getroffen mit zwei Absichten: Erstens wollte man den Reallohn der Arbeiter stabilisieren und zweitens wollte man die Inflation begrenzen. Das erste Ziel hatte schon vorher die Regierung des Kuomintang im Auge bei der Einführung eines Lebenshaltungskosten-Index. Die Festsetzung des Index geschah aber mehr oder weniger willkürlich durch die Regierung und der Index hatte nur Bedeutung bei der Errechnung der Löhne und Gehälter, und wurde deshalb am Monatsende veröffentlicht. Die neue Einheit wird täglich festgesetzt auf Grund der Marktpreise für die wichtigsten Bedarfsgüter und setzt sich zusammen aus den Preisen für:

- 1,56 cattys (600 g) Reis mittlerer Qualität,
- 1 Fall rohes Baumwolltuch, Marke „Draehenkopf“
- 1 catty Kohlenbrikett,
- 1 Unze Kirschholz.

Nach den Bestimmungen der Regierung müssen Löhne, Gehälter, Mieten und die Gehälter der Ärzte usw. auf Basis dieser Einheit berechnet werden und dürfen nicht ohne besondere Vereinbarung, in Einheiten gerechnet, geändert werden. Da die Einheit tatsächlich gemäß den Marktpreisen berechnet wurde, sind die Reallohn heute fast geblieben. Wenn ein Arbeiter einem Wochenlohn von z. B. 20 Einheiten bekommt, empfing er am 17. Juni 1949 30 × 207 = 9110 „Volksdollar“ am 28. Februar 1950 erhielt er 30 × 4548 = 136 390 Volksdollar und heute 30 × 4940 = 148 200.

Für die erheblichen Schwankungen der Preise und Löhne auch der Einheit, ist der Lohn der Arbeiter, gemessen an den lebenswichtigen Artikeln, die gleiche geblieben. Da bei Lohnverträgen die Löhne in Einheiten festgelegt werden, ergibt man spätere Streitigkeiten. Dies ist bei dem schwankenden Wert der Währung sehr wichtig und trägt zum Arbeitsfrieden maßgeblich bei.

Die Einheit dient aber nicht nur zu Berechnung von Dienstleistungen, sondern hat ihre Hauptbedeutung dadurch erlangt, daß die Regierungsbanken (und die Privatbanken) in Agenten Konten in Einheiten führen. Am 17. 6. 1949 konnte man für 9210 Volksdollar ein Konto in Höhe von 30 Einheiten eröffnen. Hatte man dieses Konto am 28. 2. 1950 abgeschlossen, wären 190 200 plus Zinsen von 3 pro Tausend pro Monat ausbezahlt worden, heute aber nur 148 200 plus Zinsen. Damit gab die Regierung der Bevölkerung eine Möglichkeit, Geld gegen Entwertung zu schützen und es sogar einbringend anzulegen. Sie hat von dieser Tatsache ausgiebig propagandistischen Gebrauch gemacht. In den letzten Jahren hat sich jeder Gehaltsempfänger in China gegen Entwertung schützen müssen. Das geschah durch Kauf von Waren, alten Silbermünzen, Gold und amerikanischen Noten. Die Arbeiter legten stets einen großen Teil ihrer Löhne am Zahltag in Reis an, und bevorzugten Zahlung in Reis.

Dieses Horrors mußte die Regierung bekämpfen, um der Inflation zu steuern. Anfanglich hat die Bevölkerung die verlockend erscheinenden Bedingungen der Banken mit großen Mittelen aufgenommen. Als dann aber in den Sommermonaten 1949 die Einheit tatsächlich den Preis der lebenswichtigen Artikel folgte, hat ein großer Teil der Bevölkerung die nach früheren Erfahrungen berechnete Skepsis

überwunden und Geld bei den Banken deponiert. Von der Möglichkeit, Bankkonten in diesen Einheiten zu führen, machten bald nicht nur kleine Sparer Gebrauch, sondern auch Betriebe, die Gelder für spätere Lohnzahlungen absichern wollten oder freie Gelder nicht anders anlegen wollten. Dies geschah besonders um die Jahreswende, als die erhöhten Steuern den Warenverkehr überhaupt verengten.

Die Regierung kann den Wert der Einheit weitgehend beeinflussen. Sie verfügt über bedeutende Bestände, mit denen sie den Marktpreis für „mittleren“ Reis jederzeit drücken kann. Hierzu genügt ein verhältnismäßig geringe Mengen, weil die meisten Verbraucher ein besseres Reis kaufen, der natürlich teurer ist und zweiten wesentlich teurer ist. In Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten steigt der gute Reis im Preis, während die Regierung die Notlage für „mittleren“ Reis durch Verkäufe niedrig halten kann. In ruhigeren Zeiten nähern sich dann wieder die beiden Preise, infolge der hohen Steuern lohnt es sich nicht für Kaufleute, von Erbsen- und Kleinerweizen der Preisdifferenz Gebrauch zu machen und sie direkt auszugeben.

Das rohe Baumwolltuch, Marke „Draehenkopf“, wird in der Regierung gehörigen Textilfabriken hergestellt. Solange die Regierung also über genügend Rohbaumwolle verfügt, kann sie den Preis willkürlich regulieren. Die Produktion der Kohlenbriketts liegt in privater Hand, doch beziehen die Hersteller den Kohlenstoff von der Regierung, die bei der Erhöhung der Preise für Briketts stichthaltige Begründung verlangt. Damit hat sie aber auch den Preis für Briketts in der Hand.

Der Erdmehlhandel liegt auch zum größten Teil in privater Hand, aber die Regierung beherrscht Getreide, Öl und Fett. Gesellschaft kann mit ihren beschlagnahmten Lagerbeständen jederzeit den Markt drücken.

Als in den Sommermonaten der Wert der Einheit (in Volksdollar gerechnet) fiel, wurden viele Bankkonten abgezogen und größere Mengen Bargeld wurden frei. Die Regierung hat die offensichtliche Gefahr, daß große Bargeldbeträge wieder in Umlauf kommen, gebannt durch die Einführung von „Kapital-Erhaltungskonten“. Diese Konten werden gleichzeitig in Volksdollar und in Einheiten geführt. Der Kontoinhaber kann in dem Tage, an dem er Geld abhebt, selbst bestimmen, ob er den ursprünglich eingezahlten Betrag Volksdollar oder den Tageswert der bei der Deposition kreditierten Anzahl Einheiten empfangen will. Diese etwas umständliche Methode der Kostenführung hat großen Anklang beim Publikum gefunden.

Durch die Einführung der Einheit ist es der Regierung gelungen, Löhne und Gehälter, gemessen an vier lebenswichtigen Artikeln, stabil zu halten. In Devisen gerechnet, sind sie allerdings beträchtlich gefallen. In amerikanischen Währung gerechnet, erreichte die Einheit am 1. 6. 49 ihren höchsten Stand mit 0,40 Dollar. Der letzte Punkt lag in der Zeit vom 13. bis 28. Juni 1950 mit 0,14 Dollar. Seitdem ist die Einheit stetig und der Kurs lag Mitte Oktober bei 0,18 Dollar. Der Geldumkehrkurs der Einheit ist fürs erste auf Ostchina beschränkt.

In der Mandschurei werden die Löhne und Gehälter auf Grund der offiziellen Preise für Weizen und in Nordchina (Tientsin, Peiking, Tsingtau) auf Grund der offiziellen Eisenpreise bestimmt. In Ostchina, also in einem stark bevölkerten Teil des Landes, ist es der Regierung aber durch die Einheit gelungen, die Inflation zu bekämpfen und dadurch das Sparen anzuregen. Die Bevölkerung hat weniger gehandelt und große Bargeldbeträge sind auf diese Weise aus dem Verkehr gezogen worden. Dadurch hat die Einheit geholfen, der Inflation zu begegnen. Sollte die Regierung einmal durch die Macht der Verhältnisse oder durch politische Ziele veranlaßt werden, die Einheit einen willkürlichen Wert zu geben, würden die Sparleistungen sehr schnell abgenommen werden und Anlage suchend, die „Volk“-Währung empfindlich beeinflussen.

Japans Produktion soll steigen

Das Wirtschafts-Stabilisierungs-Amt der japanischen Regierung (Economic Stabilisation Board — ESB) erwartet im kommenden Wirtschaftsjahr eine Erhöhung der Produktionskraft für Bergbau und Industrie auf 111,4%, wenn die Durchschnittsleistung der Jahre 1932 bis 1935 als Basis gesetzt wird. Der amerikanische Berater beim ESB, Joseph M. Dodge, rechnet damit, daß diese mehrjährige Leistung 14% über der des laufenden und 25% über der des Vorjahres liegen wird. Die stärkste Zunahme wird bei der Textilindustrie erwartet. Die Produktion von Baumwollgarn wird auf 750 Mill. lbs geschätzt. Zusammen mit der Erzeugung des laufenden Jahres sollen 1.200 Mill. lbs produziert werden, von denen 700 Mill. lbs in diesen beiden Jahren exportiert werden sollen. In dieser Zwei-Jahres-Periode rechnet man mit einer Kunstseidengarn-erzeugung von 245 Mill. lbs, von denen 69 Mill. lbs für den Export bestimmt sind. Weitere Plannahlen für die kommende Jahr sind: Seife 100 000 tons, was eine Vervierfachung der diesjährigen Produktion bedeutet; chemische Industrie 30%, Metallindustrie 50%, keramische Industrie 27%, Druckereizugwerke 30%, Lebensmittelverarbeitungs 23%, Maschinen 20% und Holz 2% höher als im laufenden Jahr. Für die Stahlindustrie wird für das laufende und das kommende Jahr zusammen eine Menge von 6,8 Mill. tons angegeben, von der 1,1 Mill. tons für den Export und 0,7 Mill. tons für „besondere Nachfrage“ vorgesehen sind. Für die gleiche Zeit ist eine Zementherzeugung von 9,2 Mill. tons geplant, von der 1,2 Mill. tons exportiert und 0,5 Mill. tons für „besondere Nachfrage“ abgeworfen werden sollen. Im kommenden Planjahr sollen 22 000 Lastkraftwagen hergestellt werden (3 000 für Export und 19 000 für „besondere Nachfrage“).

Das ESB betont, daß der Produktionsplan nur durchzuführen ist, wenn die Rohstofflieferungen reibungslos erfolgt und die nötigen Einrichtungen geliefert werden. Man rechnet für das laufende Wirtschaftsjahr mit einem Fehlbetrag von 60 Mill. kWh und für das kommende Jahr mit einem Fehlbetrag von 876 kWh.

Neue Einfuhrzölle in Argentinien

Die argentinische Regierung gab am 15. Nov. die Einführung neuer Einfuhrzölle zwischen 3 und 60% bekannt.

Vor Unterzeichnung der Benelux-Union

Die Benelux-Minister werden vom 14. bis 18. Dezember dieses Jahres in Den Haag eine Konferenz abhalten, auf der voraussichtlich die Wirtschaftsunions zwischen Holland, Belgien und Luxemburg unterzeichnet werden wird. Dem Vernehmen nach soll dieser Vertrag zehn Jahre in Kraft bleiben. Dieser Termin ist für ein derartiges Abkommen verhältnismäßig kurz, zumal der belgisch-luxemburgische Unionsvertrag der 1831 geschlossen wurde, für 90 Jahre Gültigkeit haben wird. In Belgischen Wirtschaftskreisen betrachtet man die Benelux-Union mehr oder weniger als eine Formalität, eine Auffassung, die in Holland ernstlich bestritten wird. Die Tatsache, so meint man in Den Haag, daß man überhaupt ein derartiges Abkommen mit dem Nachbarland schließt, läßt deutlich erkennen, daß man auch zu einer weitgehenden Zusammenarbeit erbötig ist, auch wenn der Vertrag eine Reihe von Übergangs- und Ausnahmestimmungen enthält.

Die heute noch aufstrebenden Schwierigkeiten lassen sich nur allmählich beseitigen. So scheint es, daß der damit beauftragte Sonderausschuß in der Frage der Umweltschutz eine Einigung erzielt hat. Da Belgien seine öffentlichen Einkünfte hauptsächlich aus direkten Steuern bezieht (vor allem aus der Umsatzsteuer), würde die sofortige Durchführung des Planes — eine Zwischenlösung zwischen der höheren belgischen und niedrigeren holländischen Umsatzsteuer — für Belgien eine Ver-

ringung der Jahreseinkünfte um drei Milliarden bzw. bedeuten. Deshalb wird die Vereinbarung der holländisch-belgischen Umsatzsteuer wohl kaum vor 1953 oder 1954 zu erwarten sein.

Dem Unionsvertrag wird u. a. ein kommerzielles Protokoll angeheftet werden, sowie ein Landwirtschaftsprotokoll, ein Gasprotokoll und ein Protokoll für verschiedene Angelegenheiten. Im kommerziellen Protokoll wird der in Österreich gefällte Beschluß hinsichtlich der gemeinschaftlichen Handelspolitik, drittes Ländern gegenüber fixiert werden. Für manche Erzeugnisse wird eine gemeinsame Kontingentsregelung mit dem Ausland gegenüber geführt, während für gewisse Agrarprodukte genaue Richtlinien gelten werden.

Im Protokoll für verschiedene Angelegenheiten kommen die Ausnahmestimmungen für Ermäßigungen, für die im gegenseitigen Austausch zurückgewiesene Einschränkungen vorbehalten sind.

Es bedarf übrigens kaum des Hinweises, daß der Unionsvertrag erst dann wirklich in Kraft tritt, wenn die drei Parlamente ihr Einverständnis erteilt haben, so daß wohl noch eine gewisse Zeit verstreichen wird. Im übrigen wird ohnehin schon in handelspolitischer Hinsicht nach Möglichkeit zwischen den drei Beneluxstaaten zusammengearbeitet. Alles weitere hängt von den Umständen ab, wobei in erster Linie an die Finanzfragen zu denken ist.

Australiens Industrie auf hohen Touren

Aus einem Bericht des schweizerischen Gesandtschafts in Sydney über die Wirtschaftslage Australiens übermitteln wir unser Zürcher Korrespondent den nachstehenden Auszug:

In den Monaten Mai bis Juli dieses Jahres fielen in den Oststaaten Australiens starke Niederschläge, die zu ausgeprägten Überschwemmungen führten. Damit erlitt die Landwirtschaft im Ackerbau und in der Viehzucht große Schäden.

Der Außenhandel im Finanzjahr 1949-50 zeigt nach der Statistik eine wertmäßige Erhöhung sowohl der Aus- als auch der Einfuhr gegenüber dem Vorjahr. Sie ist die bisher höchste seit Kriegsende. Um die Zahlen richtig zu bewerten, muß allerdings die im September 1949 erfolgte Abwertung des australischen Pfundes mit berücksichtigt werden.

Die Außenhandelszahlen des Finanzjahres 1948-50, denen zum Vergleich diejenigen des Jahres 1948-49 gegenübergestellt sind, geben folgendes Bild:

	1948-49	1949-50
	in tausend a. Pfund f.o.b.	
Warexporte	541 103	613 393
Wareimporte	414 056	533 060
Überschuß d. Ausfuhr	127 047	79 433
Goldexporte	1 870	2 039
Goldimporte	1 139	1 935
Überschuß der Ausfuhr	432	104

Auf der Importseite fiel die starke Zunahme bei der „Tabak-, Öl-, Metalle- und Metallwaren-, Maschinen- und Gummiimporte“ auf, wogegen die Einfuhr von Garnen, Textilien und Papier zurückgegangen ist. Bei der Ausfuhr ist besonders bei den Nahrungsmitteln anmalige Sprünge und der Wollsektor eine erhebliche Zunahme erfolgt, während bei den Nahrungsmitteln vegetabilischen Ursprungs, Spirituosen, Metallen und Metallwaren Rückgänge zu verzeichnen sind.

Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet der Import des Jahres 1948-50 mit Ausnahme von China, Holland und Schweden aus allen Ländern eine erhebliche Zunahme. Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika sind nach wie vor die wichtigsten Handelspartner für Australien. Die Einfuhr aus dem Ver. Staaten war wohl um rund 10 Mill. austr. Pf. höher als im Vorjahr, aber in Dollar gerechnet ist infolge der Abwertung des austr. Pfundes ein Rückgang von rund 5 Mill. austr. Pf. zu verzeichnen.

Auf der Ausfuhrseite nahm im gleichen Zeitabschnitt der Handel mit dem Vereinigten Königreich, Neuseeland, Indien, Neuseeland, Belgien, Deutschland, Japan, Holland und den Vereinigten Staaten von Amerika erheblich zu. Dagegen ging die Ausfuhr nach Ceylon, Südafrika, China, Frankreich, Italien und Indonesien zurück.

Seit dem 18. Juni 50 wird Westdeutschland bei der Einfuhrzulassung von Australien nicht mehr als „hart“, sondern als „weichwährungsland“ betrachtet, so daß sich seine Lieferungen in stark steigendem Maße bewegen werden. Die Verfügbarkeit der Waren muß zwar bei der Lizenzierung immer noch nachgewiesen und westdeutsche Waren müssen zu den Sätzen des Generalzolls verzollt werden. Westdeutschland wird aber an der derzeit in Torquay stattfindenden Konferenz das Gesuch für die Gewährung der Meistbegünstigung stellen.

Die australische Industrie ist über diese Entwicklung besorgt und eine Abordnung der „Associated Chambers of Manufacturers“ stellte bereits im Juni das Gesuch. Australien sollte aus der International Trade Organisation austreten, da sich die Ziele derselben zum Schaden der australischen Industrie auswirken, während Australien durch binationale Vereinbarungen größeres Vorkaufsrecht erhält.

Am 1. Mai 50 traf eine aus sechs Industriellen bestehende Handelsdelegation aus Frankreich ein. Die Industriellen vertreten Firmen des Maschinen- und Traktorenbaus, der Stahlindustrie, der Wolllandwirtschaft und der Baugewerbe. Die Mission besuchte sämtliche Staaten Australiens und suchte auf dem australischen Markt für französische Exportwaren, wie Bänder, Seid, optische Artikel, vorfabrizierte Häkser, Uhren, elektrische Maschinen, Eisenbahnmotormaterial und Kapitalgüter für öffentliche Werke, Interesse zu wecken.

Am 9. Juni 50 erbot die australische Regierung die Zölle des britischen Vorkaufsrechts-Bündels und Generalzolls für Kunstseidengewebe um 1 x 4 W. a. pro Geviertyard, zum Zwecke des Schutzes der einheimischen Industrie. Diese Maßnahme wurde von den Importeuren mit der Begründung bekämpft, daß sie zu einer erheblichen Erhöhung der Lebenskosten führen werde. Sie haben hervor, daß unter den früheren Zollätzen im Jahre 1948-49 64 Mill. Geviertyard eingeführt und im Detail für rund 4 Mill. austr. Pf. verkauft wurden.

Unter den neuen Zöllen werde die gleiche Menge des Kommodens auf 28,5 Mill. austr. Pf. zu ziehen kommen. Es wird hervorgehoben, daß die einheimische Industrie heute nur ungefähr 10% des Bedarfs decken könne.

In Australien haben die Verbände der Wollproduzenten dem sogenannten „Reservepreissystem“ zugestimmt, der durch die Schaffung einer Fonds, von dem Wolle, die den festgesetzten Reserve- oder Minimalpreis nicht erreicht, erworben werden kann. Diese Löss werden dann unter günstigeren Marktverhältnissen wieder angeboten. Bei den heutigen Wollpreisen kommt diesem Plan nur akademische Bedeutung zu.

Die Witterungsbedingungen haben die Wollsernanbahnung gegenüber dem Vorjahre um rund 10% vermindert, aber das Wachstum teils des Exportüberschusses wird unter dem internationalen Wollabkommen zu günstigen Preisen abgesetzt werden können. Die Preiswerte ging im Mai ihrem Ende entgegen. Das Ergebnis wird auf rund 70 000 t geschätzt. Die Qualität soll nicht so wünschen übrig lassen.

Die Industrie arbeitet im Rahmen der vorhandenen Arbeitskräfte, der elektrischen Energie und der Rohmaterialien auf hohen Touren. Außer nachteilig wirkt sich in der Metallwareindustrie die niedrige Produktivität der Klein- und Stahlindustrie aus, die infolge Kohlenmangels nur 67% ihrer Kapazität ausnutzen kann. Aus den Berichten, die in den Aktionärversammlungen verlesen werden, geht jedoch hervor, daß sich die Industrie in Australien weiterhin in voller Entwicklung befindet, und daß die Industriellen die Zukunft mit Optimismus beurteilen.

Nach einem Bericht der „Division of Industrial Development“ besteht in der australischen „Bulldozers Industry“ bereits wieder eine Überproduktion, obwohl die Produktion nur 60% ihrer Kapazität erreicht. Es scheint, daß auch Australien die restriktive Einfuhrpolitik seiner früheren Märkte, Südafrika, Indien und Neuseeland zu spüren bekommt und heute vom Überschuß der Produktion nur ein kleiner Teil exportiert werden kann.

Unter den industriellen Neugründungen der letzten Monate befindet sich die Bradford Dymers Association Ltd. in Sale, Victoria, die mit einem nominalen Kapital von 200 000 austr. Pf. gegründet wurde, und die sich mit dem Fabrikbau von Kunstseide befaßt. Zur Entwicklung der Industrie ließ die australische Regierung außer den 73 deutschen Sachverständigen, die bereits in Australien sind, weitere vier kommen, von denen der eine die Fabrikation von Bohrern für dentale Zwecke einführen soll.

Der Minister für Nationale Entwicklung erklärte kürzlich, daß die australische Regierung zur Zeit eine Gesellschaft zur Ausbeutung der Bauxit- und anderer Mineralerze in Neuguinea vorbereitet. Die Gesellschaft werde unter der Bezeichnung „New Guinea Resources Prospecting Company Ltd.“ registriert. Neben der australischen Regierung ist auch die British Aluminium Company Ltd. daran interessiert. Der Zweck der Gesellschaft besteht zur Zeit in der Projektierung von Elektrizitätswerken. Sie werde mit einem Kapital von 100 000 austr. Pf. dotiert werden.

Osterreich steigert Exporte in die USA

Der Export nach den USA ist seit Jahresbeginn stetig gestiegen. In den ersten 9 Monaten d. J. betrug die österreichische Exporte in die USA 245,3 Mill. Schilling. Der Höhepunkt der Exporte wurde im September mit 97,7 Mill. Sch. erreicht, womit die USA erstmals an der zweiten Stelle der österreichischen Ausfuhrliste stehen, nach Westdeutschland und vor Italien. Von den Exporten in die USA im September entfielen 35 Mill. Sch. auf Fertigwaren, davon 19,5 Mill. Sch. für Glaswaren, 4,3 Mill. Sch. für Feiner- und Padierwaren, 1,4 Mill. Sch. für Eisenwaren und 0,5 Mill. Sch. für Wollwaren sowie Seidenzeugnisse. Die Aussichten für eine weitere Steigerung des Amerika-Exportes sind durchaus günstig. Um die österreichische Wirtschaft über die Exportmöglichkeiten nach den USA und nach Kanada zu informieren, gibt der Österreichische Exportfonds GmbH „praktische Winke für den Export“ nach den USA und Kanada“. Das erste Heft ist bereits erschienen.

Kraftfahrzeugeinfuhren

Nach Mitteilung des österreichischen Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau werden im September 237 fabrikmäßig hergestellte Kraftfahrzeuge nach Deutschland, 59 aus England, 41 aus Frankreich, 27 aus der Tschechoslowakei, 4 aus USA und 3 aus Italien. Ferner wurden im September 1950 48 Lastkraftwagen, 3 Sanitätskraftwagen, 6 Motorräder und 10 Motorroller importiert.

Für Kraftfahrzeugtransport nach Österreich sind nach Mitteilung des ADAC München vom 14. November ab sofort ein internationaler Führerschein und eine internationale Fahrzeugzulassung nicht mehr erforderlich.

Hotelporzellan aus Deutschland

Das Präsidium der Bundessektion Fremdenverkehr in der österreichischen Bundesregierung hat beantragt, den Import von Hotelporzellan aus Deutschland im Werte von 200 000 Dollar im Rahmen des neuen Handelsvertrages zu ermöglichen.

Vier Millionen Dollar für Reiseverkehr aus Deutschland gewünscht

Die Bundessektion Fremdenverkehr in der österreichischen Bundesregierung hat zu den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland beantragt, ein Fremdenverkehrsübereinkommen zu treffen, nach dem für Italien, Deutschland oder Österreich für die Winter- und Sommerreise je 3 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt werden sollen. Dabei wird darauf hingewiesen, daß gewisse Gebiete Österreichs infolge ihrer geographischen Lage fast restlos auf dem Fremdenverkehr aus Deutschland angewiesen sind und daß bei rechtzeitiger Überwindung der bürokratischen Hemmnisse und Herabsetzung der Konsolidierungsgebühren schon in diesem Jahr das Reisekontingent von 3 Mill. Dollar mittellos ausgeschöpft worden wäre.

Die Elektrifizierung Rumäniens

Im Zentralkomitee der rumänischen (kommunistischen) Arbeiterpartei wurden vom Generalsekretär Georgiu neu Einzelheiten über die Pläne der Elektrifizierung Rumäniens bekanntgegeben. Demnach soll bis 1950 die Kapazität der rumänischen Kraftwerke auf insgesamt 3,6 Mill. kW gebracht werden. Es sollen bis 1960 13 auf Brennstoff-Basis arbeitende Kraftwerke mit einer Leistungsfähigkeit von mehr als 1 Mill. kW und 24 Wasserkraftwerke mit einer Kapazität von 704 000 kW gebaut werden. Außer diesen großen Wärme- und Wasserkraftwerken sollen noch kleinere Kraftwerke mehr lokaler Bedeutung entstehen. Der neu zu gewinnende Kraftstrom soll die Möglichkeit schaffen, bisher unter Dürre leidende fruchtbare Ackerflächen zu bewässern, wodurch man einen Mehrertrag von 2,4 Mill. t Getreide erwartet.

Fabriken Rumäniens — darunter eine neue Elektromaschinenfabrik der „Sovrom-Metall“ in Bechista, die Dampfmaschinen, Wasserkraftmaschinen und Generatoren bauen wird — hergestellt werden. Die „Vulkan“-Werke in Bukarest sollen die Produktion von Dampfmaschinen aufnehmen. In Galatz wird die Fabrik „Elektroputer“ errichtet, die Transformatoren, Hochspannungsschalter, Elektronenmaschinen und Rotationsmaschinen herstellen soll und den Betrieb im Jahre 1951 aufnehmen wird. Verschiedene Fabriken werden ab 1951 den Bau von Schwachstromapparaten in ihr Erzeugnisprogramm aufnehmen. Die Kosten dieses 10-Jahres-Planes sind enorm, allein für die neuen Wasser- und Dampfkraftwerke sind 14 Milliarden Lei angesetzt, wozu weitere 35 Milliarden Lei für Übertragungsleitungen und Transformatorstationen kommen. Interessant ist, daß man mit einem Rückgang des Erdöl- und Gasverbrauches rechnet. Je mehr Elektrizität für Industrie und Haushalt zur Verfügung stehen wird. Nach den Angaben des Plans soll der Rohölverbrauch nach zehn Jahren um 80% auf 130 000 t im Jahr zurückgehen, bei Gas rechnet man mit einem Rückgang auf 420 Mill. Kubikmeter.

Da hinter diesem Elektrifizierungsplan starke sowjetische Interessen stehen, ist damit zu rechnen, daß zur Verwirklichung der verschiedenen Projekte von Seiten Rumäniens die größten Anstrengungen gemacht werden müssen.

Entwicklung der bulgarischen Industrie

Nach Berichten aus Sofia stieg die Bruttoproduktion der bulgarischen Industrie im dritten Vierteljahr 1950 im Vergleich zum dritten Quartal 1949 um 14%. Die bulgarische Landwirtschaft hat das Plandziel der Getreideerzeugnisse an den Staat erfüllt. In der bulgarischen Landwirtschaft hat die nach sowjetischem Vorbild eingeführte Kollektivierung der Betriebe, der sog. „Zonensowjet“ der bündelartigen Wirtschaften zu „Genossenschaften“ stark zugenommen.

Die Moskauer „Pravda“ hat diesen Bericht aus Sofia mit „Erdg“ der bulgarischen Wirtschaft überschrieben.

Förderung der Sportlichkeit in Polen

Das polnische Ministerkabinett beschloß zur Förderung der Sportlichkeit der Bevölkerung den Ausbau eines weitverzweigten Netzes von Pillars der „Allgemeinen polnischen Sporthallen“. Derartige Sportstätten sollen auch in allen größeren Betrieben, auf Bahnhöfen und wichtigen Verkehrsplätzen errichtet werden. Ferner wurde eine Zinsenüberhöhung angekündigt und die Einführung von unversicherten gegen Prämien-Sparbüchern bekanntgegeben, deren Besitzer auf die von ihnen eingezahlten nach dem Einkommen gestaffelten Monatsraten eine Halb-Jahresprämie erhalten.

Ungarische Handelsdelegation in Moskau

Eine ungarische Handelsdelegation unter Führung des Außenhandelsministers Kobek traf nach einer Meldung von ADN in Moskau ein.

Hier abtrennen und einschicken:

An den

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH
Karlsruhe i. B., Veilchenstraße 35

Probe-Bezug

Senden Sie mir die „Wirtschaftsrevue“ kostenlos einen Monat zur Probe.

Name _____

Ort _____

Straße und Hausnummer _____

Welt-Warenmärkte

Baisse in Kautschuk und Zucker

Wolle, Hüfte und Fette weiter fest — Baumwolle nur in USA fest, sonst schwächer — Nachfrage nach Sojabohnen — Daheer Getreide fester — Kaffee und Kakao etwas fester

Table with columns: Warenausgang, Zeitraum (Dezember, März, Mai), and values for various commodities like Wheat, Cotton, etc.

Gen-Ausführer werden ihre Kräfte ohne Schwierigkeiten unterbringen können. In dieser Verbindung scheint das Ergebnis der nordamerikanischen Kongresswahlen insofern bedeutsam zu sein, als die Republikaner, die auf dem Wahlkampfbildschirm hervorgetreten sind, wahrscheinlich nicht mit der gleichen Heftigkeit wie der alte Kongress der Fortsetzung des Farmstützungsprogramms und der Ausdehnung von Getreide auf den Wege über finanzielle Unterstützung der Ausländer zustimmen werden.

Die Notierungen für Weizen, Dezember-Kontrakt, stiegen an der Chicagoer Getreidebörse um 2 1/2 ct je Bushel am 8. November auf 22 1/2 ct. Am 18. November, die für März 1951 auf 23 1/2 ct und für Mai von 22 1/2 ct auf 24 1/2 ct je Bushel.

Getreide

Die Notierungen für Weizen, Dezember-Kontrakt, stiegen an der Chicagoer Getreidebörse um 2 1/2 ct je Bushel am 8. November auf 22 1/2 ct. Am 18. November, die für März 1951 auf 23 1/2 ct und für Mai von 22 1/2 ct auf 24 1/2 ct je Bushel.

Die Notierungen für Weizen, Dezember-Kontrakt, stiegen an der Chicagoer Getreidebörse um 2 1/2 ct je Bushel am 8. November auf 22 1/2 ct. Am 18. November, die für März 1951 auf 23 1/2 ct und für Mai von 22 1/2 ct auf 24 1/2 ct je Bushel.

Die Notierungen für Weizen, Dezember-Kontrakt, stiegen an der Chicagoer Getreidebörse um 2 1/2 ct je Bushel am 8. November auf 22 1/2 ct. Am 18. November, die für März 1951 auf 23 1/2 ct und für Mai von 22 1/2 ct auf 24 1/2 ct je Bushel.

Die sonderbare Metallhaue

Seit Wochen, seit der Koreakrieg seinen Anfang nahm, der später zum Koreakrieg wurde, hat sich an den Weltmetallmärkten eine merkwürdige Entwicklung vollzogen. Es kam, besonders für Kupfer und Zink, zu einer weltweiten Nachfragesteigerung, wobei die Vereinigten Staaten führend waren, die aber auf die Preisbildung fast ohne Einfluß blieb. Die offiziellen Kupfer- und Zinkpreise in den Vereinigten Staaten wurden offensichtlich von den Erzeugern künstlich niedrig gehalten, und es konnte sich ein grauer oder weißer Markt so entwickeln, auf dem diese offiziellen Preise weit überboten wurden. War es nun wirklich bloß die Befürchtung, daß sich die amerikanische Regierung wieder zu ähnlichen Eingriffen in das Metallgeschäft in größerem Umfang entschließen könnte, welche die amerikanischen Metallpreise davon abhielt, aus der Mengekonjunkturen auch eine Preiskonjunkturen zu machen?

Die Gründe für eine solche Entwicklung liegen offenbar tiefer. Die englische Federzeitung 'The Metal Bulletin' geht in einer ihrer letzten Ausgaben auf die Probleme ein, die in engen Zusammenhängen damit stehen. Sie schreibt: 'Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde der Exportüberschuss des englischen Weltreichs in Metallen mehr oder minder so dem am Weltmarkt sich ausbildenden Preisen verkauft. In den letzten Wochen hat sich jedoch eine betrübliche (teilweise) Situation herausgebildet, weil die Notierungen des englischen Versorgungsmarktes auf den amerikanischen Inlandpreisen aufbauten, was die Preise besonders für Kupfer und Zink. Diese amerikanischen Preise würden von den Erzeugern in den USA weit unter dem Stand festgesetzt, der angesichts des ständig steigenden Bedarfs für Rüstungszwecke aber auch im privaten Sektor für einen offenen Weltbewerbs am Markt zu erzielen gewesen wären.' Das Bild führt als Untermauerung für seine Behauptung die Tatsache an, daß auf dem europäischen Kontinent für Elektrolytisch bis zu 200 % je kg gezahlt worden sind, während sich der amerikanische Inlandpreis umgerechnet nur auf rund 130 % beläuft, und auf diesem Preis basierende Abgabepreise des englischen Versorgungsmarktes offiziell frei Lieferung 137 % betragen. Ähnlich liegen die Dinge bei Kupfer. Am offenen Markt wurden zwischen 28 und 30 ct je lb von den Käufern bezahlt (was etwa 235-245 ct je kg entspricht), während der amerikanische Kupferpreis nur 24,5 ct je lb oder rund 190 ct je kg beträgt und der Abgabepreis des englischen Versorgungsmarktes drei Lieferungen 203 ct.

Die künstliche Niedrighaltung der amerikanischen Metallpreise die die Rückkehr zur die Preisfestsetzung des englischen Versorgungsmarktes sind, geht als unzulässig auf Kosten der englischen Wirtschaft. Sie hat außerdem einen Zustand ausgelöst, der zu einer Baisse in Metallen geführt hat, die eigentlich keine Hausse ist.

Januar erwartet. Bei nachlassendem Kautschukpreis tendiert der Preis für Braziliens die Woche auf niedrigerem Stande (130 ct gegenüber 140 ct je lb). Bei Kupfer werden am grauen Markt bis zu 43 ct je lb, bei Zink zwischen 30 und 40 ct je lb bezahlt. Am europäischen Metallmarkt erstellte Kupfer, umgerechnet auf Dollar, etwa 48 ct je lb, Zink etwa 38 ct und Blei etwa 27 ct je lb (kontinentaleuropäischen Metalle).

Die Notierungen für Weizen, Dezember-Kontrakt, stiegen an der Chicagoer Getreidebörse um 2 1/2 ct je Bushel am 8. November auf 22 1/2 ct. Am 18. November, die für März 1951 auf 23 1/2 ct und für Mai von 22 1/2 ct auf 24 1/2 ct je Bushel.

Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft

Die Aktien der Gesellschaft werden Herbst in am Donnerstag, dem 14. Dezember 1950 vormittags 11 Uhr in Wiesbaden, Mainzstraße 9, stattfindend.

Hauptversammlung

Tagesordnung: 1. Vorlage des Jahresabschlusses für das Jahr 1950 mit dem Bericht des Vorstandes und dem Bericht des Aufsichtsrates sowie des gemeinsamen Vorschlags über die Gewinnverwendung. 2. Beschlußfassung über die Gewinnverwendung. 3. Entlohnung des Vorstandes und Aufsichtsrates bezüglich des Geschäftsjahres 1950. 4. Zuwahl zum Aufsichtsrat. 5. Wahl des Abschlussprüfers i. d. ersten DM-Abschnitt. 6. Verschiedenes.

NE-Metalle in New York

Am New Yorker NE-Metallmarkt war die Nachfrage wiederum weit größer als das Angebot, was die Tendenz des Marktes blieb unverändert. NE-Preiserhöhungen sind bei Zink und Kupfer nicht unwahrscheinlich, bei Blei, indessen dürfte man wohl mit weiter Berechtigung eine neue Plankorrektur gegen Ende Dezember oder Anfang

Januar erwartet. Bei nachlassendem Kautschukpreis tendiert der Preis für Braziliens die Woche auf niedrigerem Stande (130 ct gegenüber 140 ct je lb). Bei Kupfer werden am grauen Markt bis zu 43 ct je lb, bei Zink zwischen 30 und 40 ct je lb bezahlt. Am europäischen Metallmarkt erstellte Kupfer, umgerechnet auf Dollar, etwa 48 ct je lb, Zink etwa 38 ct und Blei etwa 27 ct je lb (kontinentaleuropäischen Metalle).

Die Notierungen für Weizen, Dezember-Kontrakt, stiegen an der Chicagoer Getreidebörse um 2 1/2 ct je Bushel am 8. November auf 22 1/2 ct. Am 18. November, die für März 1951 auf 23 1/2 ct und für Mai von 22 1/2 ct auf 24 1/2 ct je Bushel.

Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft

Die Aktien der Gesellschaft werden Herbst in am Donnerstag, dem 14. Dezember 1950 vormittags 11 Uhr in Wiesbaden, Mainzstraße 9, stattfindend.

Hauptversammlung

Tagesordnung: 1. Vorlage des Jahresabschlusses für das Jahr 1950 mit dem Bericht des Vorstandes und dem Bericht des Aufsichtsrates sowie des gemeinsamen Vorschlags über die Gewinnverwendung. 2. Beschlußfassung über die Gewinnverwendung. 3. Entlohnung des Vorstandes und Aufsichtsrates bezüglich des Geschäftsjahres 1950. 4. Zuwahl zum Aufsichtsrat. 5. Wahl des Abschlussprüfers i. d. ersten DM-Abschnitt. 6. Verschiedenes.

NE-Metalle in New York

Am New Yorker NE-Metallmarkt war die Nachfrage wiederum weit größer als das Angebot, was die Tendenz des Marktes blieb unverändert. NE-Preiserhöhungen sind bei Zink und Kupfer nicht unwahrscheinlich, bei Blei, indessen dürfte man wohl mit weiter Berechtigung eine neue Plankorrektur gegen Ende Dezember oder Anfang

PERSONALIEN

Der 10. November 1950, der Tag des 96. Geburtstages von Carl F. W. Burgward...

Der Aufstieg zur Empfangshalle war ein Gang durch einen Blumenparterre, der aus Blumenparterren bestand...

Bürgermeister Kaizer erhebt sich als erster. Er spricht frei, aus der Situation, aus dem Hissen...

In Anerkennung für diese Leistungen und für die tatkräftige Mitwirkung am Wiederaufbau Bremen...

Nach dem Senatspräsidenten trat der Direktor der Technischen Hochschule von Hannover, Prof. Dr.-Ing. Grossmann...

Die Glühwürmche der Automobilindustrie des gesamten Bundes, wieweit er ausdrücklich nicht ohne Humor...

192 127 abt niedriger als Ende August mit 308 603 abt. Sie sind in den USA etwa auf 50 748 abt...

Nicht die Stimmung am amerikanischen Bleimarkt hat sich nach der Herausufung des Preises merklich beruhigt...

Nach wie schon in den letzten Wochen, hat der Zinkmarkt sich in den Berichtswochen ungewöhnlich fest gehalten...

Aluminium: Eine starke Knappheit kennzeichnet den amerikanischen Markt...

Metalpreise vom 18. November 1950

Table with metal prices for various metals like copper, zinc, lead, and aluminum in different currencies.

Kunstleisbahn auf dem Rhein-Main-Flughafen

Für die amerikanische Luftwaffe von BBC erbaut

Der Rhein-Main-Flughafen, der größte Flughafen der Bundesrepublik, ist in diesen Tagen um eine moderne Anlage reicher geworden...

2100 qm Eisfläche

Was in den letzten vier Monaten auf dem Gelände des Rhein-Main-Flughafens geschah, wurde, ist ein Ereignis, das die modernste Einrichtung dieser Art in Deutschland angebracht werden kann...

Es ist eine stützige große „Eisfabrik“, die hier unter Betonen, Tribünen und hinter Mauern den Augen des Betrachters entzogen ist...

Fußböden aus Abfallholz

Der anhaltende — durch die Aufrüstung im Dritten Reich und seit Kriegsende durch die Reparationsleistungen — überdimensionierte Holz-Einschlag in den deutschen Wäldern hat zu einer Schmälerung der schlagreifen Nutzholzbestände auf fast die Hälfte der schlagreifen Bestände geführt...

Das Holz wird in Stärken von 4 mm bis 22 mm in schweißbarer Verleimstruktur und in vielen Parkettarten hergestellt...

Deutsche Börsen

Table showing stock exchange indices for Frankfurt, Hamburg, and Berlin across various dates in 1950.

Hobeldielen entspricht. Demnach soll die Platten auch mit Nuten und Federn geliefert werden...

Das Triangeler Homogenholzwerk kann zwischen 35 000 bis 50 000 Baumstämme Abfallholz im Jahr verarbeiten...

Die Anlage ist mit einem Speisebehälter von 40 Kubikmeter Inhalt ausgestattet. Ein Rührwerk von 1000 Kubikmeter Stundenleistung sorgt für die notwendige Umwälzung der Soße...

Ein engmaschiges Röhrensystem

In die Betonplatte der Eisbahn ist ein engmaschiges Röhrensystem eingebettet, das aus Gründen der Isolierung auf einer vier Zentimeter starken Korkunterlage ruht...

Außer der eigentlichen Grundbauanlage hat BBC auch die notwendigen Schaltanlagen für den gesamten elektr. Betrieb erstellt...

Die neue Kunstleisbahn auf dem Rhein-Main-Flughafen, die in der Rekordzeit von vier Monaten fertiggestellt wurde...

Das Forschungsinstitut für Edelmetalle

in Schwäbisch Gmünd

Die Fachvereinigung Edelmetalle in der Wirtschaftsgemeinschaft Nichtmetalle hat vor einiger Zeit dem Forschungsinstitut und Probenamt für Edelmetalle in Schwäbisch Gmünd zur Weiterführung von wissenschaftlichem Forschungsarbeiten 5000 DM...

Das Probenamt für Edelmetalle in Schwäbisch Gmünd ist im Jahre 1931 gegründet worden. Das Institut wird seit vielen Jahren von Prof. Dr. Ernst Baub geleitet...

Jede Hausfrau weiß etwa zu erzählen von unerwünschten Schwärzen von Silberwaren, von Besteck und Tafelgarn. Viele Erfinder haben sich bemüht, ein Abhilfemittel zu erfinden...

PAARIS

Oswald die weitpolitischer Vorgänge insbesondere im ersten Teil der Berichtswache die Unternehmungslust beabsichtigen und das Geschäft überaus in Händen des Berufshandels lag...

SCHWEIZ

Die Schweizer Börsen wurden durch schwere Haltung gekennzeichnet. Das Geschäft befand sich überwiegend auf einseitig spezialisierten Aktien...

Insgesamt werden rund 130 Personen beschäftigt.

Das neuartige Produkt und die Anlagen in Triangel haben bereits viele Interessen aus dem In- und Ausland herbeigetragen...

Die deutsche NMG-Werk in Triangel ist das erste, das nach dem Kriege in Europa wieder angefaßt ist. Es steht in scharfer Wettbewerb mit der Sarbere in Straßburg...

Auslandsbörsen

Regeres Interesse fanden in der Textilbranche, in denen Käufe für Rechnung der Provinz zu verzeichnen waren. Zerstreuung stand die 5/16igen Port von Para-Debitoren stärker im Vordergrund...

Table with financial data for various international markets and currencies.

NEW YORK

Zahlreiche Faktoren haben an der New Yorker Effektenbörse zur Zurückhaltung Anlaß gegeben, obwohl laufend günstige Kennzahlen und Dividendenentwicklungen zu verzeichnen sind...

Table with stock exchange data for New York and other international markets.

Notenkurs in Zürich am 18. Nov. 1950

Table with exchange rates for various currencies and commodities.